

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 5. Oktober 1928
10. Jahrgang Nummer 254

Erstausgabe täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: In Deutschland 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die dreispaltige Zeile mit 10 Zeilen in der ersten Spalte 12 Pf., zweispaltige 10 Pf., einspaltige 8 Pf., Kleinanzeigen 5 Pf. — Schluss der Inseratenannahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Straße 50, Telefon 540 89. Postfach 1011. Redaktion: Breslau, Kreuzberg Straße 50, Telefon 239 02. Geschäftsstelle der Redaktion von 12-18 Uhr, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Glatz, Mühlentorstraße 10, Telefon 4088; Glatz, Kunitz 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8-10 Uhr. Geschäftsstelle am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: Schöler, Verlags-Gesellschaft m. B., Breslau. — Druck: „Reubner“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50.

Polens Kriegsplan gegen die Sowjetunion

Sensationelle Enthüllungen des „Berliner Tageblattes“

In einer der führenden deutschen Tageszeitungen, im „Berliner Tageblatt“, erschien am Donnerstag, dem 4. Oktober 1928, ein Bericht des Bukarester Korrespondenten dieses Blattes über neue Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion. Die Enthüllungen in diesem Aufsatze: „Vor einer neuen Koalition gegen Rußland?“ tragen geradezu sensationellen Charakter. Die Tatsachen, um die es sich handelt, sind so alarmierend, daß die Arbeiterklasse sofort dazu Stellung nehmen muß. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger, als daß dieser Korrespondent — die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ versteht ihren Bericht mit einer Vorbemerkung, wonach „versichert wird“, daß der Bericht auf „Informationen beruht, die von besonders gut informierter Seite stammen“. — Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion aufdeckt, die bereits weit gediehen sind, die als nächstes Ziel die Eroberung der Ukraine aus dem Verband der Union der Sowjetrepubliken und eine weitgehende Schwächung des zurückbleibenden Teiles der Sowjetunion (der Berichterstatter verzieht hierauf, das Ding beim Namen zu nennen, gemeint ist natürlich der Sturz der Sowjetregierung) zum Programm hat.

Es würde fast lohnenswert sein, den ganzen Aufsatz des „Berliner Tageblattes“ nachzudrucken. Aber die revolutionäre Arbeiterpresse ist dazu technisch nicht in der Lage. Wir begnügen uns, die wichtigsten Punkte herauszuheben und wiederzugeben. Der Korrespondent stellt zunächst fest, daß sich das „Geheimnis um Pilsudskis ungewöhnlichen rumänischen Aufenthalt... hinter dem man von allem Anfang an militärische Beweggründe erblicken zu können geglaubt hatte“, im Zusammenhang mit einer ebenso geheimnisvollen Reise eines Intimen des Marschalls Foch, des Generals Le Rond, der sowohl die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien, Südbalkan und Bulgarien besucht hat, läßt. Diese Reisen sowie die vorangegangenen Reisen des polnischen Generals Solfowicki im Herbst 1927 in Begleitung von polnischen Generalsstäben nach Bukarest (... „Es war schon damals nicht schwer abzuschätzen gewesen, daß dieser militärische Besuch dem Ausbau des militärischen Bündnisses zwischen Rumänien und Polen galt...“), ebenso wie die „weittragenden Fortschritte militärischer Besprechungen, die natürlich unter dem Schutze Fochs standen“, beweisen, daß „Frankreich wahrscheinlich die Zeit für gekommen erachtet, seine alten Pläne, die es in der ersten Nachkriegszeit genährt hatte, wieder aufzunehmen und namentlich an den mißglückten Versuch Pilsudskis anzuknüpfen, der bekanntlich den Zweig verfolgte, aus der Ukraine, die heute zum Teil zu Sowjetrußland und zum Teil zu Polen gehört, einen selbständigen ukrainischen Staat zu schaffen. Man erinnert sich, daß dieser Plan, den Frankreich finanzierte, beim Vorstoß auf Kiew an einer militärischen Niederlage gescheitert war.“

Der Korrespondent unterstreicht dann die Wandlung, die dieser Angriffsplan unter den heutigen Verhältnissen erfahren mußte. Die polnische Position des verbündeten Imperialismus Polens, die Lage des rumänischen Verbündeten Frankreichs usw., sie gestatten heute nur — die Schaffung einer selbständigen Ukraine aus jenem Teil des ukrainischen Gebietes, dessen Arbeiter- und Bauernbewohner die volle nationale und soziale Befreiung im Verband der Sowjetrepubliken und gemeinsam mit der russischen Revolution erreicht haben:

„Frankreichs Pläne laufen deshalb heute nur darauf hinaus, aus jenem Teile der sogenannten Ukraine eine selbständige Ukraine zu schaffen, die linksseitig, also südlich vom Dnjepr liegt, und das mit militärischen Mitteln... Frankreichs gegenwärtigen politischen Pläne laufen auf nichts Geringeres hinaus, als darauf, bei einem kriegerischen Unternehmen gegen Sowjetrußland den Sowjetis die wehrschwachen und ukrainischen Gebiete zwischen Dnjepr und Dnepr, zu denen also die Städte Winst, Kiew und Odessa gehören, abzunehmen und sie Polen anzugliedern. Aus der übrigen Ukraine aber soll, mit der Hauptstadt Charlow, dann ein „selbständiger“ ukrainischer Staat geschaffen werden, und das natürlich unter dem Protektorat Frankreichs.“

Dieser ungeheuerliche Plan — ungeheuerlich was die Tragweite des imperialistischen Verbrechens betrifft, aber durchaus nicht etwa phantastisch, sondern zielbewußt und sozusagen unter allen Angriffsplänen auf die Sowjetunion vom Westen her scheinbar der realistischste — wird von dem Korrespondenten gleichzeitig in seinen verzweigten Beziehungen gekennzeichnet — nicht einheitlich sind ja die Interessen der zentral- und osteuropäischen großen und kleinen imperialistischen Länder. Der Korrespondent sagt zunächst richtig, daß ein Ziel, die Schwächung Rußlands, „gleichviel welcher Einstellung“, sei, da es in der Zukunft nach französischer Vorstellung nur „in engster politischer Gemeinschaft mit Deutschland leben müßte“. Dieses „mit Deutschland verbundene Rußland so schwach als möglich zu erhalten, ... war schon 1921 bei Pilsudskis hauptsächlich französischer Aktion leitender Gedanke (Pilsudski selbst wurde in

Paris für seine bestialischen Morde in der Ukraine von einem Entschloßener der beiden Ostverbündeten Frankreichs, Polens und Rumänien, vernichtet werden. Rumänien sei gern bereit, bei diesen Plänen mitzuarbeiten... Nicht nur, um den Hauptgegner Rußland auf lange Zeit zu schwächen, sondern auch, weil ein territorialer polnischer Korridor sich zwischen Rumänien und Rußland einschleibe und Befestigungen mehr als heute sichern würde. Für Polen gibt es ebenfalls genügend Gründe... Daß Rußland sehr geschwächt würde, und zweitens, daß Polen bei Odessa einen Ausgang ins Schwarze Meer erlangen könnte... Wenn meine Gewährsmänner sich nicht täuschen, soll vor oder nach dem errungenen Siege über Rußland Pilsudski sich sogar mit dem Gedanken tragen, als König von Groß-Polen sich künden zu lassen.“

Dann wird aufgezeigt, wie die militärische Aktion erfolgen soll. „Diese politischen Pläne würden durch einen militärischen Schlag seitens der beiden Ostverbündeten Frankreichs, Polens und Rumänien, vernichtet werden. Rumänien sei gern bereit, bei diesen Plänen mitzuarbeiten... Nicht nur, um den Hauptgegner Rußland auf lange Zeit zu schwächen, sondern auch, weil ein territorialer polnischer Korridor sich zwischen Rumänien und Rußland einschleibe und Befestigungen mehr als heute sichern würde. Für Polen gibt es ebenfalls genügend Gründe... Daß Rußland sehr geschwächt würde, und zweitens, daß Polen bei Odessa einen Ausgang ins Schwarze Meer erlangen könnte... Wenn meine Gewährsmänner sich nicht täuschen, soll vor oder nach dem errungenen Siege über Rußland Pilsudski sich sogar mit dem Gedanken tragen, als König von Groß-Polen sich künden zu lassen.“

Auch Frankreich soll „natürlich in bescheidenerem Ausmaß, sich ebenfalls an dem Unternehmen aktiv beteiligen, namentlich durch Bestellung französischer Truppen, die über Danzig, oder aber, falls diesbezüglich ein Übereinkommen mit Deutschland möglich wäre, quer durch Deutschland hindurch an den russischen Kriegsschauplatz zu bringen wären.“

Die Redaktion des „Tageblattes“ versucht hier, in einer Zwischenbemerkung die Unmöglichkeit dieser Seite des Planes darzutun. Wie wenig unmöglich sie wirklich ist, zeigt der Korrespondent selbst, der den Preis, der den deutschen Imperialisten gezahlt werden soll, anführt:

„Man spricht davon, daß in diesem Falle Frankreich bereit wäre, Deutschland etwa den Korridor zurückzugeben, und daß Polen sich mit dem Südbalkan Odessa begnügen oder aber durch ein Okkupation Litauens einen anderen nördlichen Meerzugang sich aneignen würde. In diesen Zusammenhängen wird behauptet, England habe, ohne sich freilich aktiv zu betätigen, dem Unternehmen mehr oder weniger bereits seine Zustimmung erteilt... Aber diese Pläne wirken noch weiter... Le Ronds Reisen nach Prag und Belgrad werden als Versuch bezeichnet, die beiden

slawischen Staaten, Tschechoslowakei und Südbalkan, in das Unternehmen gegen Rußland zu verwickeln.“

Die Versicherungen der deutschen Bourgeoisie, daß sie niemals für ein solches Abenteuer zu haben wäre, werden durch ihre Panzerkreuzerpolitik, durch Hermann Müllers „europäische“ Genfer Lösungsvorschläge, durch die antibolschewistische Note, die die deutsche Außenpolitik unter der verantwortlichen Teilnahme der Sozialdemokraten schon jetzt stärker erfährt, als im Augenblick selbst einige Kreise der Schwerindustrie für richtig halten, usw.

Der Korrespondent stellt dann dar, daß sowohl in Jugoslawien wie in der Tschechoslowakei für die Bildung eines Ost-Bloches große Neigungen beständen, daß lebhaft Italien, Bulgarien und Ungarn auf Grund ihrer Gegenseite zur Kleinen Entente, die als „Ost-Bloc“ ebenso neuerstehen soll, wie die Große Entente nach dem französisch-englischen Bündnis neuerstanden ist, Schwierigkeiten bereiten, daß aber diese Schwierigkeiten eben jetzt beseitigt werden sollen. Le Rond habe diesbezüglich in Sofia interveniert, der General Stankowewitsch sei nicht durch Zufall kürzlich in Paris aufgetaucht usw.

Das sind im wesentlichen die Feststellungen des bürgerlichen Korrespondenten. Sie bestätigen vollumfänglich alle Anklagen der Sowjetunion und der Komintern. Sie beweisen — man erinnert sich da außerdem an die ganz verhängnisvolle Versöhnungspolitik, die die kommunistischen Parteien in der Tschechoslowakei, in Frankreich und Polen, Rumänien und Jugoslawien gegenwärtig auszuführen haben — wie brennend die Kriegsgefahr steht, in wie man möchte sagen, unmittelbarer Nähe die Möglichkeit eines Angriffes gerückt ist. Man wird nicht festgehen, spätestens den Frühjahrstermin als ganz besonders gefährlichen Termin ins Auge zu fassen.

Die Arbeiter in Deutschland werden ferner ganz besonders gegen solche Verhängnisposten auftreten, die, wenn sie selbst die Möglichkeit einer Kriegsgefahr in den französisch orientierten Ländern zu geben, in Deutschland diese unmittelbare Kriegsgefahr, diese beachtliche Teilnahme der deutschen Bourgeoisie leugnen. Selbst für den Fall, daß in den Anfangsstadien die Hindenburg-Republik Neutralität bewahren würde, sie würde die Neutralität des Kriegskilleranten und Kriegsgewinnlers sein, der beim ersten günstigen Augenblick sich der einen Kriegsfrente anschließt, und das begreift jedes Kind, daß das imperialistische Deutschland seine Truppen nicht an die Seite der Roten Truppen senden wird.

Deshalb gilt es nach diesen Enthüllungen noch leidenschaftlicheren Kampfs gegen die Vorbereitungen des imperialistischen Verbrechens, noch energischeren Kampf zur Vorbereitung der einzigen Friedensgarantie für das Proletariat, die es gibt, des Sturzes der Bourgeoisie. Die Mobilisierung der Massen mit dem Ziele, sie muß die Teilnahme der breitesten Schichten am Volksbegehren noch verstärken.

Polizeiwillkür gegen die streikenden Bergarbeiter

Waldburg, 5. Oktober.

Die Lage im Streikgebiet ist unverändert. Der Kampf wird mit der größten Entschlossenheit fortgesetzt. Streikbrecher gibt es nicht. Starke Streikposten stehen an allen Grubenanlagen. Neben den Streikposten steht man überall die behelmten Polizeibeamten. In den reaktionären „Neuen Tageblatt“ läßt der Verein für die begbaulichen Interessen u. a. folgende Veröffentlichungen los:

Behauerlicher Weise läßt der Schutz der Arbeitswilligen außerordentlich viel zu wünschen übrig. Während die Streikposten in Gruppen zu vier und fünf Mann vom Zeheneingang auf den Zugangswegen im Abstande von 50 zu 50 Metern aufgestellt sind, ist leider der polizeiliche Schutz gänzlich unzureichend, so daß die Arbeitswilligen auch bei bestem Willen nicht in der Lage sind, zur Arbeitsstätte zu gelangen. Es ist dringend erforderlich, daß ein der Stärke der Streikposten entsprechender Schutz für die Arbeitswilligen eintritt.“

Wie die Telegraphen-Union mitteilt, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium noch nicht, im niederschlesischen Bergarbeiterstreik einzugreifen; das Reichsarbeitsministerium nimmt vielmehr vorläufig noch eine abwartende Haltung ein. Diese Meldung zeigt die Gesetze, die den Bergarbeitern droht. Sie wurde bereits in unserem gestrigen Leitartikel ausgeführt. Wenn der Sozialdemokrat Wisse II sagt, er wolle „vorläufig“ nicht eingreifen, so heißt das, daß er eben später, vielleicht schon in zwei bis drei Tagen, eingreifen wird. Seine bisherigen Taten haben gezeigt, daß dieser Eingriff keinesfalls den Bergarbeitern die geforderten 15 Pro-

zent Lohnerhöhung bringen wird, sondern höchstens einen Bruchteil davon —

Bergarbeiter, mit einem unzulänglichen Kompromiß darf der Streik nicht enden. 15 Prozent Lohnerhöhung sind das mindeste, was er bringen muß. Um euren Willen in der Streikführung durchzusetzen, ist es erforderlich, eheliche Kollegen aus den Betrieben in die Zentralstreikleitung abzubelegieren. Nur solche Kollegen dürfen in den Betriebs-, Orts- und in der Zentralstreikleitung sitzen, die ernstlich gewillt sind, den Willen der Belegschaften zu respektieren und den Kampf bis zum siegreichen Ende zu führen.

Kurz vor Redaktionschluss wird uns aus Waldburg gemeldet. Die Unternehmer haben Anschläge anbringen lassen, wonach die Arbeiter, die nach drei Tagen die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, als striktlos entlassen gelten. Die vor den Grubenorten postierten Polizeiposten haben Anweisung erhalten, darauf zu achten, daß die Streikposten die das Grubenort passierenden Arbeiter nicht nach dem von der Streikleitung ausgesetzten Ausweis kontrollieren dürfen. Diese Maßnahme, falls sie durchgeführt wird, macht eine Kontrolle der Rotkämpfer unmöglich und bedeutet einen

ungeleglichen Polizeieingriff.

gegen die Streikenden pünktlich der Unternehmer. Die Waldburger Bergarbeiter werden diesen provokatorischen Anschlag in der bisherigen unübertrefflichen Disziplin zu parieren wissen. Streikbrecher wird es in Waldburg trotz aller Bemühungen der Grubenbesitzer und der Polizei nicht geben.

Werttätige Massen, antwortet den Kriegstreibern! Heute dritter Einzeichnungstag! Jede Einzeichnung ein Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion!

Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, daß einer der wichtigsten Verhandlungen der Koalitionsverhandlungen — bei der Umwandlung der Preußenregierung aus einer Weimarer in eine Große Koalition — das Konkordat sein wird, das von dem preußischen Unterrichtsminister Dr. Becker in Verhandlungen mit dem Vatikan sehr weit gefördert wurde.

Die sozialdemokratisch geführte Braun-Regierung hat, hinter verschlossenen Türen, mit Rom verhandelt. Sie will nach dem Beispiel des schwarzen Papern einen Verfassungsvertrag für Preußen abschließen.

Die Verquickung des Konkordats mit der Frage der Großen Sozialisten zeigt, daß die Deimann-Müller-Regierung im Reich die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz, die bekanntlich nach dem Sturz der Bürgerregierung zum Stillstand gekommen waren, fortsetzen wird. Nach dem Panzerkreuzerfall soll mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer das Konkordat für Preußen und das Reichsschulgesetz, das Schulverfassungsgesetz für das Reich, verwickelt werden. Zur Unterzeichnung dieses neuen Verbündens an den Interessen der Arbeiterschaft beirät der sozialdemokratische Vorstand des Preußenverbandes seine Spaltungspolitik.

Die Millionenfront gegen den Panzerkreuzerbau richtet sich ebenso sehr gegen Schulverfassung und Koalitionspolitik.

Kündigung der Feuerartik in Hamburg

U. Hamburg, 4. Oktober. Die am Aktionsausschuß männlicher Berufsverbände vereinigten Hamburger Seeleute haben ihre Feuerartik zum 31. Oktober gekündigt. Zur Vereinfachung der Tarifverhandlungen sollen keine generellen prozentualen Forderungen gestellt werden, sondern man beabsichtigt, für jede Kategorie von Seeleuten besondere Forderungen aufzustellen.

Wst-Kongress zum Werftarbeiterstreik

U. Hamburg, 4. Oktober. Zum Schluß der Nachmittags-Sitzung der Wst-Lagung legte der Vorsitzende eine Entschlossenheit vor, in der den streikenden Werftarbeitern die volle Sympathie und die Solidarität des Kongresses ausgesprochen wird. Die Entschlossenheit wurde einstimmig angenommen. (Anmerkung der Redaktion: Mit leeren Solidaritätserklärungen ist den Streikenden nicht viel geholfen. Retten wir die praktische Aktionsmaßnahmen!)

Abgeklärtes Flugzeug. — U. Paris, 5. Oktober. Wie aus Barcelona gemeldet wird, stürzte ein Verkehrsflugzeug (das nach Ter Rignan unterwegs war) am Donnerstag, gegen Abend, bei Port Vella Selva in der Provinz Geronda ab. Die Maschine geriet in Brand. Die drei Insassen verbrannten.

Gegen jede innerparteiliche Ausnutzung der Hamburger Vorgänge

Das Zentralkomitee hatte in seiner Sitzung vom 26. September unter anderem folgenden Beschluß gefaßt:

„Das Zentralkomitee verurteilt aufs schärfste jeden Versuch, die Vorgänge in Hamburg mit den innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten zu verbinden und zu innerparteilichen Zwecken auszunutzen.“

Die Genossen Haufen und Vajmer — die als Kandidaten an der Sitzung des ZK teilnahmen — hatten einen Antrag eingereicht, der in der verantwortungslosesten Weise den Versuch machte, die Hamburger Vorfälle zur Änderung der Führung und des politischen Kurzes der Partei auszunutzen. Der einstimmige Beschluß des ZK (die Kandidaten haben im ZK kein Stimmrecht) bedeutet die schärfste Verurteilung dieses Vorkisses gegen die Linie der Partei. In bezug auf die Veröffentlichung der Erklärung Haufen in der ultra-linken konterrevolutionären Presse wurde eine Untersuchung gegen den Genossen Haufen eingeleitet.

Die Partei wird jeden Versuch zur innerparteilichen Ausnutzung der Hamburger Vorgänge einmütig zurückweisen und alle Garantien für die Durchführung des auf dem VI. Weltkongress beschlossenen politischen Kurzes schaffen.

Sekretariat des Zentralkomitees.

Der SPD.-Korruptionsstumpf

Die sozialdemokratische Presse wagt es, den Ausschluß des Hamburger Funktionärs Wiltorf, der Parteigelber unterschlagen hat, zum Anlaß einer insamen und heuchlerischen Rede gegen die SPD zu nehmen. Dabei ist es so, daß angebliche Korruptionsfälle in der SPD mit rücksichtsloser Strenge gehandelt werden, während die SPD alle Fälle, soweit es sich um führende Persönlichkeiten handelt, vertuscht und sie deckt.

Keine Organisationsläufe kann sich davor schützen, daß Funktionäre Unterschlagungen begehen. Manchmal verarschen sich Arbeiter in höchster persönlicher Notlage an Partei- oder Gewerkschaftsführern, und nur mit schwerem Herzen sieht man, wie gegen diese Arbeiter die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise werden in dem Bericht des Fabrikarbeiterverbandes, der dem diesjährigen Verbandstag vorlag,

35 Ausschüsse wegen Unterschlagungen

angeführt. Es kommen aber auch Fälle genug vor, wo gute Arbeiter die SPD-Führer, die keinerlei Milderungsgründe in Anspruch nehmen können, sich an Arbeitergebern vergehen. Und diese Fälle häufen sich in der SPD und unter der sozialdemokratischen Führung immer mehr. Welt in sozialdemokratischen Führerkreisen Korruption zum System geworden ist — wir erinnern nur an die sozialdemokratischen Warmat-Freunde und an den Fall Arbeiterbank —, werden Unterschlagungen höherer SPD-Funktionäre vertuscht. Die Korruption ist ja im Grunde auch nichts anderes als der Einfluß der korrupten bürgerlichen Gesellschaft auf die Arbeiterbewegung, der Einfluß des Kapitalismus. Der Träger der Korruption ist der Reformismus, der ja keine andere Aufgabe hat, als die Arbeiterschaft politisch zu korrumpieren, um sie so für die Bourgeoisie unschädlich zu machen. Die SPD-Führerschaft ist die Trägerin der politischen und persönlichen Korruption.

Aus bekanntgewordenen Fällen wollen wir nur einige Beispiele aus der letzten Zeit herausgreifen.

Bekannt ist der Fall des Vorsitzenden des Leipziger Zimmererverbandes, Koneberg, der über 1000 Mark unterschlagen hat. Monatslang suchte ihn die SPD zu bedrücken, bis ihn schließlich die Leipziger Zimmerer erledigten und Koneberg dann auch sein Stadtordnungsamt niederlegen mußte.

Im Mai dieses Jahres mußte der sozialdemokratische Gauleiter des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten in München, Wilhelm Reichert, seines Postens enthoben und ausgeschlossen werden, weil er sich von den Unternehmern direkt hatte laufen lassen. Die Opposition hatte ihm jedoch schon Jahre vorher

Korruption nachgewiesen, doch wurde Reichert jahrelang von den Verbandslinstanzen gebedt.

Am 6. Juni dieses Jahres mußte der Ortsausschuß München-Grabbach des RDB mitteilen, daß sein bisheriger Geschäftsführer Busch Gelder unterschlagen hat und fristlos entlassen wurde.

Ebenfalls im Juni dieses Jahres kam ans Tageslicht, daß in Chemnitz der Sozialdemokrat Claus Welter der Gemeinnützigen Baugesellschaft unterschlagen hat.

Am 21. Juni 1928 mußte die Generalversammlung des Arbeiterverbandes Gassen (Leipzig) ihren Kassierer Kahler als ausschließen, weil er 1900 Mark unterschlagen hatte. Kahler war Mitglied der SPD.

Der Bezirksleiter des RBA im Saargebiet, Böhl, wurde im Juli dieses Jahres seines Postens enthoben, weil er Gelder unterschlagen hatte.

Vor dem Erfurter Großen-Schöffengericht wurde kürzlich der frühere sozialdemokratische Bürgermeister von Großbrettenbach, Ernst Dehler, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, und ihm die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, auf drei Jahre abgesprochen. Dehler hatte bei Lieferungen zur Erweiterung des städtischen Rohrnetzes von Vertretern großer Firmen als Provision Ueberpreise genommen.

Vor etwa sechs Monaten unterschlug der sozialdemokratische Angestellte des Freiseurverbandes, Boblitz in Breslau, 5000 Mark.

Der Fall des sozialdemokratischen Münchener Geschäftsführers des Deutschen Landarbeiterverbandes, Murböck der 130 000 Mark unterschlagen hat, aber immer noch Mitglied der SPD bleibt, ist ja noch in aller Erinnerung.

Wir wollen es vorläufig mit dieser Liste bewenden lassen, auf Wunsch sehen weitere Listen zu Diensten. Wir haben von den bekannten Fällen nur solche herausgegriffen, wo es sich um obere SPD-Führer handelte, und wo nicht Parteigelber der SPD, sondern Gewerkschaftsleiter, Genossenschafts- oder öffentliche Mittel unterschlagen wurden.

Anzahlige Unterschlagungen und Korruptionsfälle werden von der SPD-Führerschaft gebedt. Von dieser Partei ist ja schon das System der heimlich überwiesenen Geschenke aus Gewerkschaftsmitteln als „üblich“ bezeichnet worden.

Die Kommunistische Partei hält ihre Reihen sauber, sie duldet auch kein Vertuschen. Sie weiß, daß nur rücksichtsloses Durchgreifen und Einprägen in jedem Falle im Interesse der Arbeiterschaft liegt. Wenn es aber die durch und durch korrupten SPD-Führer wagen, deswegen die Kommunistische Partei zu beschimpfen, so muß ihnen gründlich das heuchlerische Lügenmaul gestopft werden.

Trustkapital und Stahlhelm

Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei verlassen den Stahlhelm. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei, der härtesten Partei des deutschen Trustkapitals, teilt parteiamtlich mit, der Vorstand der Partei halte es für politisch nicht mehr möglich, daß Mitglieder der Fraktion weiterhin dem Stahlhelm angehören.

Dieser Beschluß schließt eine bestimmte Etappe in der Entwicklung des Stahlhelms ab. Das deutsche Trustkapital unterstützte und finanzierte den Stahlhelm so lange, als er sich unter der Führung „Heran an den Staat!“ vollkommen seiner politischen Bürgerblodlinie anpaßte. Nach den letzten Wahlen, als die Deutsche Volkspartei die Große Koalition für dienstlicher zur Durchsetzung der trustkapitalistischen Interessen hielt, kam der Stahlhelm immer stärker unter den Einfluß deutschnationaler Kapitalgruppen, insbesondere des Hugenberg-Konzerns. Seine jüngste Politik des „Vollabgebrens“ gegen die Weimarer Verfassung, entsprechend den Zielen des rechten Flügels der Deutschnationalen, hat die Deutsche Volkspartei zu dieser Abgabe an den Stahlhelm veranlaßt.

Der Beschluß der Deutschen Volkspartei zeigt, daß sich die Großkapitalisten bei der Weimarer Republik und Verfassung sehr wohl fühlen. Dem Reichsbanner soll nunmehr ausschließlich die bisherige Rolle des Stahlhelms übertragen werden, wofür Hörings sozialistischer Kurs wirkt. Die Aufklärungsarbeit der Klassenbewußten Arbeiterschaft wird dagegen ankämpfen.

40000 Textilarbeiter im Streik

U. Warschau, 4. Oktober. Am Mittwochabend haben die Spitzenverbände der Textilarbeiter in Lodz den allgemeinen Streik ausgerufen, der Donnerstagmorgen, um 4 Uhr, begonnen hat. Der Grund ist darin zu suchen, daß nach Ablehnung der Forderung nach 20prozentiger Lohnerhöhung durch die Arbeitgeber der Schlichtungskommission eine Antwort erst für Montag, den 8. Oktober, in Aussicht gestellt hat, was die Vertreter der Arbeiter als Verschleppungsakt angesehen haben.

Nach einer neueren Meldung sind im Laufe des Tages in Lodz über 40 000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Fast sämtliche Textilfabriken in Lodz haben ihre Tore schließen müssen. Am Montag werden in Warschau Schlichtungsverhandlungen stattfinden.

Wst-Kongress geschlossen

U. Hamburg, 4. Oktober. Auf dem Kongress des Wst-Bundes in Hamburg fand am Donnerstagnachmittag die Wahl des Bundesvorstandes statt. Der bisherige Vorsitzende, Kaufhäuser, wurde wiedergewählt, ebenso die Stellvertreter Stahr und Urban. Nach Vorträgen über das Genossenschaftswesen von Paul Lange und über Wohnungsfragen von Vinnede wurde der dritte Wst-Bundeskongress mit einigen Schlußworten des Vorsitzenden geschlossen. (Ausführlicher Bericht folgt!)

Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

(Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Er meint, es wäre das diesmal nicht so leicht gegangen, wie am Vormittag. Er hätte lange Erklärungen machen müssen, bis seine Darstellung des schlimmen Vorkommnisses geglaubt worden sei. Aber schließlich hätte man ihm, dank der Hilfe des Herrn Van Hee, volles Vertrauen entgegengebracht, und es wäre ihm die Sicherheit gegeben worden, daß die Bestimmungen des am Vormittag zu Dordrecht getroffenen Abkommens durch den Zwischenfall nicht gefährdet würden. Die Zeit für die Abgabe der von den Deutschen gewünschten Gegenstände bleibe dieselbe, wie schon bestimmt worden wäre.

Nun sei nur, daß der verdammte deutsche Soldat unter dem Schutz der Vereinigten Staaten gestellt sei und nicht als Kriegsgefangener zu gelten habe, sondern, sobald er wieder hergestellt wäre, in die Reihen der deutschen Armee zurückkehren müsse.

„Ich hoffe nur, so schließt Bürgermeister Braun seinen Bericht, daß unsere militärische Behörde gegen meine Abmachungen nichts einwenden wird!“

Die an die Deutschen zugelegten Forderungen werden dann bis zum letzten Übertreten erfüllt, und der Rest, unter die Herrschaft des brüchigen Kommissars zu kommen, geht noch einmal an Gent darüber.

Die Armees des Generals von Böhm läßt die Stadt zur Rechten liegen und marschiert weiter, Frankreich zu.

Panik der Einwohner

Die nächsten Tage sehen wieder große Wallfahrten neugieriger Genter nach dem Schlachtfeld von Belle-Quatre. Tausende und aber Tausende pilgern vom frühen Morgen bis zum späten Abend hinaus und herein. Die Häuser, die sich dort an der großen Straße nach Brüssel erheben, stehen beseelt aus.

Es sind zum Teil bis auf den Grund niedergebrannt, und die abhässlichen Bewohner irren krummstirnig zwischen den Trümmern ihrer eigenen Behausungen herum.

Es ist ein schreckliches Bild.

Das große Panzernotbild noch nicht. Seine Stunde schlägt erst über volle vier Jahre später.

Aber es wird erzählt, daß deutsche Soldaten in seine häßlichen

Räume eindringen und dabei die Türen mit dem Gewehrlohn einschlagen, um nach angeblich darin versteckten „Pistolen“ zu suchen.

Auch die in so einseitiger Weise verdächtige Pilschblaufabrik blieb hell, und das gibt dem bereits erwähnten unsinnigen Gerücht noch weitere Nahrung.

Gleich sind Provokateure zur Hand, die plünderungslustige Leute zur Zerstörung der „deutschen“ Fabrik aufhetzen, aber plötzlich ruft jemand aus Eppit oder Furcht: „Die Deutschen sind noch darin versteckt!“

Da reißen die Peugierigen aus wie Schafleder, und die darunter befindlichen Epibuben lassen das Wenige, das sie mit ihrer gewandten Geschicklichkeit bereits klauten, wieder schleunigst zu Boden fallen.

Sie machen es öfters schon gute Geschäfte, sie plündern nämlich die herumliegenden toten belgischen Soldaten, die man nun bestattet, bis auf's Hemd an.

Auch die Besitzer der niedergebrannten Häuser müssen aus den ihnen verbliebenen Mauerresten immer wieder solche abscheuliche Hyänen des Schlachtfeldes ausschleichen.

Durch die Beschädigung von Rellen kamen auch zehn Zivilpersonen, darunter eine Witwe und ein 85-jähriger Greis, ums Leben, und es wird erzählt, daß die Deutschen auch die Kirche des Ortes in Brand gesetzt hätten, wenn es nicht dem Pfarrer gelungen wäre, sie durch gute Worte und das Aufstehen einiger Flaschen Wein von dieser Absicht abzubringen.

Nach einigen Tagen ebbt die große Aufregung, die die Stadt erfüllt, ab und man vernimmt, daß sich der Militärgouverneur der von den Deutschen noch unbefestigten Tranchen und seine Genjur wieder einstellt.

Die letztere verbietet den Bürgern sofort, noch weiterhin irgendwelche Nachrichten über die Bürgerwacht zu bringen. Der Feind soll nicht von neuem von ihrer Wiederbewaffnung hören.

Als Äquivalent käufen die Zeitungen am 11. September „aus der bekannten guten Quelle“ berichten, daß die deutsche Armee bei Löwen und Aerschot von den durch die fluffigen (!) verpöckelten Belgiern durchbrochen und im Zurückweichen auf die Grenze gedrängt sei.

Diese Schwabbelmeldung wird am anderen Tage noch einmal als wahr schreift, und man erzählt noch weiter, daß Breslau von den Russen eingenommen und der Deutschenfreund Kaiser Pasko in Konstantinopel totgeschossen wäre.

Dann greift die lächerliche Spionenjucht genau wie bei uns weiter. Es vergeht kein Tag mehr, an dem nicht ein deutscher „Spion“ festgenommen wird.

Die Genter Presse sieht sich daher genötigt, von neuem an das kalte Blut der Bevölkerung zu appellieren und festzustellen, daß unter den vielen seither als Spione verhafteten Leuten sich noch kein einziger befand, der wirklich einer war.

Es gibt übrigens, wie sich nun herausstellt, noch eine ganze Anzahl deutscher und österreichischer Staatsangehöriger in Gent.

Der Militärgouverneur ordnet an, ihren Abschub nicht ohne weiteres vorzunehmen, sondern ihm vorher jede geplante Ausweisung von Fall zu Fall zur Prüfung zu unterbreiten.

Am 17. September, morgens 6 Uhr, wird bei der künstlichen Grotte im Stadtpark der Belgier D... — die Zeitungen schreiben den Namen nicht aus — von einer Abteilung Gendarmen als Verurteilter „durch den Kopf geschossen“.

Das Kriegsgericht sprach ihn schuldig, einer deutschen Wachenpatrouille, der belgische Soldaten hinter einer Brücke aufwarteten, rechtzeitig ein Warnungszeichen gegeben zu haben.

Auf den 21. September werden die Militärpflichtigen des Jahrganges 1914 unter die Fahnen gerufen. Sie sollen in der Kaserne am Sint-Peters-Platz versammelt und nach einer der noch unbefestigten belgischen Garnisonstädte abtransportiert werden. Und das in der Meinungstrugtraat eingerichtete militärische Werkbüro gibt sich von neuem alle Mühe, Kriegsfreiwillige anzulocken und sie den anderen belgischen Soldaten nachzuschicken.

Es läuft auch zum erstenmal das Gerücht durch die Stadt, daß Deutschland der Entente angeboten hätte, mit ihr Frieden zu schließen, wenn sie ihm seinen europäischen Besitz garantiere.

Am 26. September hallen die Mauern Gents von einem besonders schwerer Kanonendonner wider. Man munkelt, daß bei Kalk eine neue große Schlacht entbrannt sei, aber niemand weiß etwas Bestimmtes, denn den Zeitungen ist es untersagt, irgendwelche Nachrichten über sie zu veröffentlichen. Die militärische Zensur wütel strenger als je.

Der „Sourcil“ weiß sehr viele weiße Flächen auf. Aber er wirft den Stehpaß der unterdrückten Artikel nicht weg, sondern stellt ihn für die Benutzung an dem Tag beiseite, an dem diese eifrige Behörde erneut „die Platte putzt“. Und dieser Tag kann nach der festen Überzeugung der Rebakteure wieder im Handumdrehen dämmern.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Danneberg, für den literarischen Teil: Heinrich Wandt, für den wirtschaftlichen Teil: Egon Zeller, Wien. — Für den Druck: Dr. ...

Oberschlesien Bauarbeiter zum Streikabbruch

Der Streik der Bauarbeiter ist zu Ende. Er wurde auf die schönste Weise von den christlichen und reformistischen Gewerkschaftsführern abgewürgt. Aber wenn es sonst in anderen Kämpfen den Gewerkschaftsführern noch gelang, ihre Streikbrecherarbeit vor den kämpfenden Arbeitern zu verbergen und den Arbeitern einzureden, daß die Interessen der Arbeiter durch sie wirkungsvoll vertreten würden, so ließ dieser Kampf den Reformisten diese Möglichkeit nicht mehr. Als die reformistischen und christlichen Führer sahen, daß die Bauarbeiter entschlossen waren, den begonnenen Kampf bis zum Ende zu führen, waren sie gezwungen, ihre heuchlerische Maske fallen zu lassen und ihren Streikbruch offen zu treiben. Ihre schändliche Handlungsweise findet jetzt durch die Bauarbeiter die gebührende Anprangering. In Gleiwitz nahmen die Arbeiter in einer Versammlung, die zu dem Abbruch des Streiks Stellung nahm, folgende Resolution an. In Hindenburg wurde eine ähnliche Resolution angenommen:

„Die am 8. Oktober in Gleiwitz vorm. 11 Uhr im Gewerkschaftshaus stattfindende öffentliche Bauarbeiter-Vollversammlung nimmt mit scharfer Entschiedenheit davon Kenntnis, mit welcher schmutzigen und verleumdenden Mitteln die reformistischen und christlichen Gewerkschaftsführer den Streik abwürgen. Wir stellen noch einmal in aller Öffentlichkeit fest, daß die obengenannten Gewerkschaftsführer den Streik nicht anerkannten, also auch kein Recht haben, ihn durch Briefe mit gefälschter Unterschrift und Zeitungartikel in reaktionären kapitalistischen Blättern zu beenden.

Wir sind uns auch darüber klar, daß die Führer der Gewerkschaften auf Grund ihrer Anerkennung der Wirtschaftsdemokratie und des kapitalistischen Staates nie wirkliche Streiks führen können. Soweit sie sich aber bei ausgebrochenen Wirtschaftskämpfen mit in den Streik einmischen oder aber gar versuchen, ihn in ihre Hände zu bekommen, tun sie das nur deshalb, um den Kampf vorzeitig abzuwürgen.

Aus dieser Tatsache heraus sind sich die Versammelten dessen

bewußt, daß die Bauarbeiter und auch die übrigen Arbeiterschichten in Zukunft gezwungen sein werden, Wirtschaftskämpfe ohne die reformistischen und übrigen Gewerkschaftsführer zu machen, ja sogar gegen deren Willen. Dazu ist notwendig, daß wir in den betreffenden Organisationen erstens einmal für die eigene Verfassung sämtlicher Baugewerkschaften eintreten. Wir können feststellen, daß die Unternehmer auch nur einen Unternehmerverband besitzen. Es wird weiter notwendig sein, daß wir mit aller Kraft dafür Sorge tragen, daß auf den einzelnen Verbandstagen derartige Reichstärkerverträge, wie es der letzte war, nicht mehr angenommen werden dürfen. Gegen den Schlichtungsschwindel muß ein unerbittlicher Kampf geführt werden. Nur auf diese Art und Weise wird es uns möglich sein, die immer schwierigeren Lebenslage der arbeitenden Klasse und auch der Bauarbeiter zu heben.

Nachdem es den Gewerkschaftsführern diesmal noch gelungen ist, durch das gefälschte Telegramm usw. die Bauarbeiter in Dentschen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, auf Grund dessen unsere Hindenburg Kollegen ebenfalls dazu gezwungen wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, sehen wir die Aussichtslosigkeit eines isolierten Kampfes der Gleiwitzer Bauarbeiter ein und beschließen trotz völliger Ungenügen der Lohnerbhöhung, den Kampf abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wir verpflichten uns aber, in der Zukunft für obengenannte Forderungen einzutreten, da wir schon durch die immer größeren Ausgaben für Rüstungszwecke (für den Bau von Panzerkreuzern), durch den Steuererlaß der Bourgeoisie und durch die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu immer größeren Lasten verurteilt sind. Um diese Forderungen zu erfüllen, fordern wir die unorganisierten Kollegen auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen und gemeinsam mit den oppositionellen Kollegen für höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit und den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einzutreten.“

Oppeln

Ständige Austritte aus der SPD. Oppeln

Dieser Tage erst konnten wir berichten, daß zwei Mitglieder, die bisher mit der SPD. durch die und dann gingen, aus dieser Partei ausgestiegen sind. Heute erfahren wir, daß abermals ein altes Mitglied, Frau Hedwig Blascha, die schon sechs Jahre der Partei angehörte, dem Kafflerer das Mitgliedsbuch mitgegeben und ihren Austritt aus der Panzerkreuzerpartei erklärt hat.

Lohnbewegung der Gemeindegewerkschafter

Am 30. September ließ das Lohnabkommen der Gemeindegewerkschafter ab. Dieses Abkommen hatte nur ein halbes Jahr Gültigkeit, da die Kollegen mit den langfristigen zu hohe Erfahrungen machten und unter der Führung der Opposition sich auf keinen Fall eine längere Gültigkeitsdauer hätten akzeptieren lassen. Die neuen Lohnverhandlungen zwischen den Tarifgewerkschaften und dem Ober-schlesischen kommunalen Arbeitgeberverband finden noch diese Woche statt. Die Forderung der Gewerkschaften beträgt 7 Pfennig Zulage die Stunde im Spigenlohn.

Diese Forderung ist angesichts der Lebenshaltungserweiterung minimal. Was wird aber von der Forderung noch nach den Verhandlungen übrig bleiben? Die Gemeindegewerkschafter müssen den Verhandlungen scharfsten Nachdruck verleihen und für unbedingtes Festhalten an der Forderung eintreten.

Arbeitslose, geschlossen zur Einzelnennung!

Am Mittwoch, dem ersten Einzelnennungstage zum Volksbegehren, hatten die Arbeitslosen eine Versammlung vor dem Arbeitsamt. Genosse Schulz sprach über die demagogische Haltung des Vorstandes des ADGB-Ortsausschusses gegenüber den Arbeitslosen. Diese reichen nun selbständig einen Antrag auf Reduzierung der Stempelzeit ein. An der Haltung des sozialdemokratischen ADGB-Vorstandes ersehen die Arbeitslosen, daß sie in die Gewerkschaften müssen, um den oppositionellen Flügel zu stärken. Nach der Versammlung formierten sich die Arbeitslosen, um den Panzerkreuzer-sogalisten die erste Antwort zu geben, zur Einzelnennung zum Volksbegehren. Auf dem Wege zum Einzelnennungstotal wurden andere Arbeiter durch den geschlossenen Zug ebenfalls aufgefordert, sich bald einzelnennen.

Hals, Wohnungsamt!

In dem Hause Porststraße 12 ist schon lange eine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, bezugsbar. Ausnahmsweise liegt es nicht am Hauswirt, sondern am Wohnungsamt, daß die Wohnung nicht belegt wird. Trotzdem sich schon Leute um diese Wohnung beworben haben, rührt sich das Wohnungsamt nicht.

Warum läßt das Wohnungsamt eine leere Wohnung nicht beziehen? Wir verlangen, daß sofort diese Wohnung vergeben wird. Auf der Rosenberger Straße wird z. B. das Haus von Salburg eingeweiht. In einer früheren Werkswohnung wohnen Leute, die schon seit Januar auf eine Ersatzwohnung warten. Jetzt beim Hausabbruch werden diese Mieter einfach in Baracken gesteckt. Das kann doch nicht korrekt beim Wohnungsamt zugehen, wenn hier Wohnungen frei werden und auf der anderen Seite Mieter in die Baracken kommen. Ist das nur ein Einzelfall, oder geschehen mehr solcher Sachen?

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Hindenburg. Sonnabend 18 Uhr Haupttagungstag in allen Stadtteilen. Sammeln auf allen öffentlichen Plätzen.

— Sonntag Landpropaganda mit Lastauto. Propaganda auch im Ort in allen Stadtteilen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln. Sonnabend um 19,30 Uhr im Schützenhaus Mitgliederversammlung.

Sonstige Organisationen

Gleiwitz, Freibender. Sonnabend 19 Uhr im Saale des Herrn Braschma in Petersdorf und Montag 19 Uhr im „Bürgerhof“, Freiwitzer Straße öffentliche Versammlungen der Freien Schulgesellschaft. Die Mitglieder des Verbandes nehmen an den Vorträgen teil. Eintritt frei!

Hindenburg, Arbeiter-Gesangverein von Groß-Hindenburg u. Rathesdorf. Sonntag 10 Uhr bei Roth, Paulstraße, Versammlung.

Gleiwitz

Konsumverein Fr. Hütte

Als angebliche Wohlfahrtsanstalt unterhält das Hüttenamt Gleiwitz einen Konsumverein. Mitglieder sind Arbeiter und Angestellte des Werkes. An der Spitze des Aufsichtsrates steht Herr Oberberggraf Weber. Die Geschäftsführung liegt in der Hand des Staatsbeamten Herrn Vorle. Zweck und Ziel des Konsumvereins ist, seinen Mitgliedern einwandfreie Ware zu Fabrikpreisen, also unter Ausschaltung des Zwischenhandels, zu liefern. Inwieweit der Konsumverein (d. h. seine Verwaltung) seinen Verpflichtungen diesbezüglich den Mitgliedern gegenüber nachkommt, wollen wir nicht untersuchen. Diese Frage dürften sich die Mitglieder selbst stellen und beantworten. Was uns interessiert, ist die Einstellung des Staatsbeamten Herrn Vorle, der die Verbilligung der Ware durch eine miserable Entlohnung der Konsumangestellten erreichen will. Man bedenke, in der Zeit der Tarife erdreißtet sich Herr Vorle, der selbst als Staatsbeamter in einer gewiß nicht zu niedrigen Besoldungsgruppe steht, den Konsumangestellten außertarifliche Löhne, die an Lächerlichkeit grenzen, anzubieten. Als die vierzigjährige Angestellte Fräulein M. keine Möglichkeit mehr sah, mit dem Gehalt von 85 Mark, das sie nach mehrjähriger Tätigkeit als Kassiererin und Verkäuferin erhielt, auszukommen, wandte sie sich an ihre Gewerkschaft. Aber was sie ein echter Staatsbeamter ist, der da denkt, daß der Staat nur für ihn da ist, weiß sich Rat. Er kündigt einfach der Angestellten, weil sie das gleiche will, was er beansprucht, nämlich: nach dem Tarif bezahlt zu werden.

Nun werden sich die Gewerkschaft und das Arbeitsgericht mit der Angelegenheit befassen. Ueber die plötzliche Kündigung der M. werden auch noch die Konsummitglieder sprechen müssen. Auch die schlechte Bezahlung der Konsumangestellten müßte den Mitgliedern zu denken geben, vielleicht würden sich die Fehlbeträge der bisherigen Lagerhalter klären lassen.

Ueber den Ausgang dieses Falles werden wir an dieser Stelle insbesondere den kaufmännischen Angestellten im Kleinhandel und in den Konsumgenossenschaften berichten.

Aus der Partei. Auf verschiedene Anfragen teilen wir mit, daß der ehemalige Genosse Mois Mon-Gleiwitz im Frühjahr d. J. wegen

Veruntreuung von Rote-Hilfe-Geldern aus der Partei ausgeschlossen wurde. Da er auch sonst ein gefährliches Element ist, haben die Mitglieder proletarischer Organisationen keine Verbindung mit ihm zu halten.

Kreuzburg

Öffentliche Kundgebung am Ring

Sonnabend um 17,30 Uhr findet am Ring eine öffentliche Kundgebung für das Volksbegehren gegen den Panzerkreuzer statt. Werkstätige, erscheint restlos!

Ratibor

Geistesamateur

Man schreibt uns: Einige dieser Anwärter sind in den Mania-Werken beschäftigt und suchen neben dem Anodenmachen auch die Arbeiter mit Geist zu versorgen. Die Vorarbeiter Mathias Niemiech und Josef Gnida geben vom Meister Anordnungen wieder, die den Arbeitern derart widerförmig erscheinen, daß sie meistens mit großem Gelächter beantwortet werden. Erboßt über diese Achtungsverletzung, erklärte der Vorarbeiter Niemiech den Arbeitern: „Von jetzt ab müßt ihr arbeiten, bis ihr verredet.“ Eine nochmalige Nachjabe war die Antwort. In dem hinteren Raum der Abteilung berieten mehrere Arbeiter, ob die Titulation, die der Vorarbeiter Gnida vom Meister erhielt: „Esel, gehen Sie nochmal acht Jahre in die Schule“ zu Recht bestehe. Ein Teil war der Ansicht, dies sei Geburtsveranlagung, während die andern behaupteten, der Meister habe recht. Es sei mehrmals vorgekommen, daß die Elektroden zu kurz gearbeitet worden sind und die Presse zu oft kaputt gefahren wird. Arbeitsverluste sollen dann die Arbeiter durch Mehrleistungen der höheren Aufsicht gegenüber decken. Der Widerstreit der Meinungen hatte durch Hinzukommen des Gnida sein Ende gefunden. Auch solche Menschen muß es geben. Sie sind bequem und werden nie einer Frage gewerkschaftlicher und parteilicher Richtung nachtreten können.

Patschkau

Arbeiterbühne Patschkau. Am 9. Oktober in den „Reichsälen“ großes Konzert und Theater.



SINDBAD DER SALEM-RAUCHER erzählt weiter:

Als Gefangene der Menschenfresser wurden wir scharf bewacht. Aber als unser Wächter eines Tages in der Mittagssonne eingeschlafen war, erstach ich ihn mit meinem Dolche und floh. Todmüde und hungrig traf ich im Walde auf einen alten Said, der eben im Begriffe war, sich aufzuhängen. Auf Befragen erzählte er: „O Fremdling, ich bin Ibasid, der Obertabakmeister meines Königs Nabopolassar, und fiel in Ungnade, weil meine Cigarettenmischungen meinem Herrn nicht mundeten.“

Dieses hörend, sagte ich: „O Ibasid, bleibe am Leben! Wenn du mich aus diesem Urwald führst, will ich dir ein herrliches Tabakrezept geben — das Rezept der wunderbaren

(Fortsetzung folgt.)

CIGARETTE

SALEM

AUSLESE

Heute in Deutschland in allen Spezialgeschäften für 5 Pf. erhältlich



Vereinigte Theater
Lobe-Theater
 Sonnabend, 8. 10., 20 Uhr
 Uraufführung
 Eine kleine Sünde
 von Andre Birabeau
 Sonntag, Dienstag,
 Mittwoch, Donnerstag und
 Sonnabend, täglich 20 Uhr
 Eine kleine Sünde
 Montag u. Freitag, 20 Uhr
 Der lebende Leichnam
 Sonntag, 7. 10., 15 1/2 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Hokuspokus

Thalla-Theater
 Von Sonnabend, den 6. 10.
 bis Sonnabend, den 13. 10.
 täglich 20 Uhr
 Der Prozeß Mary Dugan
 von Bayard Veiller
 Sonntag, den 7. 10.
 15 1/2 Uhr
 Zu kleinen Preisen
 Arm wie eine Kirchenmaus

Zentral - Ballsäle
 Westendstr. 50/52 Telefon 23 429
 Heut Freitag
Gr. russ. Balalaika - Konzert
 mit Tanz
 Der Saal ist am Sonnabend, 3. Nov.
 frei geworden
 und an Vereine günstig zu vergeben

Schauspielhaus
 Operettenbühne
Breslau
 Telefon Nr. 36300

Stadt-Theater Breslau
 (Opernhaus)
 Freitag, 10.30 Uhr
 Abonnements-Vorstellung Serie C 3
Die Zauberflöte
 Sonnabend, 20 Uhr
 Cavalleria rusticana
 hierauf:
Der Bajazzo
 Sonntag, 20 Uhr
 Die verkaufte Braut

DEAF

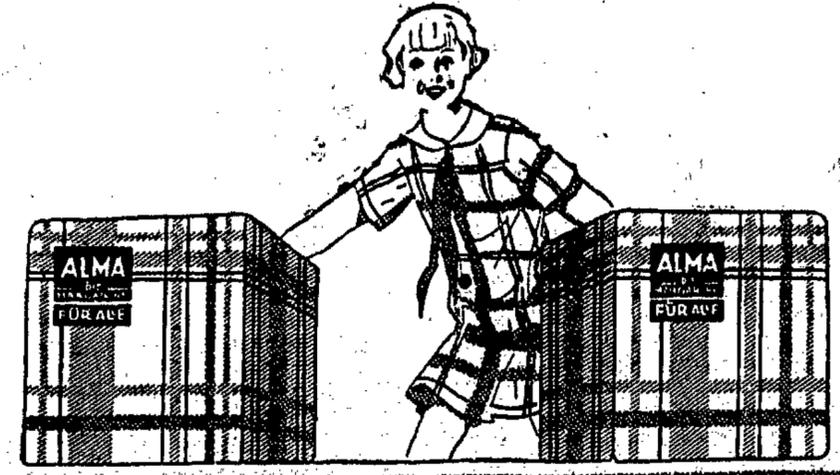
 Die zuverlässige
 Nähmaschine
Pfaff-Nähmaschinen-Nauz
 Breslau, Reuschstraße 37/38
 Telefon 25391
 (Erläuterte Zahlungsweise)

Täglich 20 Uhr:
 Der fürwältige
 Helferkeits - Erfolg
 Prinzessin
Ti-Ti-Pa
 Sonntag 15.30 Uhr
 Die
 Försterchristel
 Dienstag, 20 Uhr:
 Zum 25. Male:

Apollo-Lichtspiele
 Adalbertstrasse 8
 Freitag, den 5. Okt. u. Sonnabend
 den 6. Oktober
Die Nacht der Liebe
 (Das Recht einer Hochzeitsnacht)
 Ein Meisterwerk mit Ronald Colman
 und Vilma Banky
 Sonntag, den 7. Okt. und Montag
 den 8. Oktober
 Das Sensations- Abenteuer
Die Liebe des Sheriff
 Ferner Claire Rommer im
 herzerfrischenden Schlager
Das Spreewaldmädchel
Hüte und Mützen
Herrn-Artikel
 kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
 Klosterstraße 45, am Mauritiusplatz

Schöne Vögel

 die im Käfig gesund u.
 sangeslustig bleiben
 so len, sichert einzig
 das so bewährte, viel-
 fach preisgekrönte
Vogelfutter
 von
Theodor Buchall
 Zwingerplatz 2
 Filiale: Ring, Jetzt Elisabeth-
 straße Nr. 5, am Rathaus
 Markthalle II, Gartenstrasse
 Kaiser-Wilhelm-Sirasse 72 an der
 Viktoriastrasse
 Kaiser-Wilhelm-Str. 175, Kleinburg



Ueberall blendend sauber
 das ist Vorbedingung bei der Herstellung einer guten Margarine. Hellgekachelt sind die weiten Fabrikhallen der Blauband-Werke, appetitlich sauber die weissen Milchbehälter, spiegelblank die riesigen Maschinen, die selbsttätig jetzt auch die neue Marke „Alma“ herstellen. Weissgekleidet sind die Männer und Frauen, welche die sauberen Maschinen bedienen; äusserst rein die feinen Speiseöle und Fette, sorgfältig sterilisiert die grossen Mengen Milch, die zur Verbutterung benötigt werden. Selbst das Wiegen, Formen und Umhüllen der fertigen Ware geschieht maschinell. Diese geradezu vollendete Reinheit bei der Herstellung stempeln „Alma“ zu einem gesunden, bekömmlichen Nahrungsmittel, das, auf Brot gestrichen, mit Genuss verzehrt werden kann und für Back- und Bratzwecke unübertrefflich ist. Sparsame Hausfrauen wählen „Alma, die Margarine für Alle“.

Das ganze Pfund für 85 Pfennig.

ALMA FÜR ALLE
 DIE MARGARINE

Unsere konservierten
Schnittbohnen
 von neuer Ernte sind preiswerter und in Qualität besser als frische Bohnen. Wir erhielten bereits die große Menge von 5 Waggonladungen = 50000 Dosen und bieten an eine gute fadenfreie Qualität
die 1-kg-Dose 0.72

Gemischtes Gemüse	Dose 1 kg	1.00
Junge Karotten, ganz	Dose 1 kg	0.68
Kohlraabi mit Grün	Dose 1 kg	0.70
Pfifferlinge	Dose 1 kg	2.10
Wachsbohnen	Dose 1 kg	0.95
Wirsingkohl	Dose 1 kg	1.65

Bei dem schroffen Witterungswechsel schützt vor Erkältung reichlicher Genuß von rein. Honig. Wundervolle Quantitäten aus neuer Ernte haben wir erhalten:
Wiesenblumen-Honig
 1-Pfd.-Glas 1 1/2-Pfd.-Dose 5-Pfd.-Eimer 5-Pfd.-Eimer
 1.20 2.10 6.00 10.00
Orangenblüten-Honig
 1.40 2.40 7.00 12.00
Schlesischer Edel-Honig
 1.70 3.00 8.00 15.00

Otto Stiebler
 Breslau, Zwinger-Platz 5 und 31 Filialen

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schmalzfleisch	Pfd.	0.90 - 1.10
Schweinschmalz		1.30
Schweins-Rotlett	Pfd.	1.20 - 1.30
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd.	1.10 - 1.30
Suppenfleisch		0.70 - 1.00
Stabfleisch		1.10 - 1.20
Kalbsteck o. Knoch.		1.20 - 1.50
Rauchfleisch		1.10 - 1.20
Pöselfleisch		1.50 - 1.20
Freischer Speck (deutsch)		1.10
Ausgebr. Schweinegarb. (deutsch)		1.00
Gulaschfleisch	Pfd.	0.90 - 1.10
Gebäcktes	von 0.80 an	
Freische Schweinsköpfe	Pfd.	0.50
Schweinslotten	Pfd.	1.20 - 1.30
Gansentett		1.30
Gebratene Gänse		0.90
Baumwurt 0.10 P.	Wiener	0.10
Bratwürstchen	Paar	0.20
Wandertopf (deutsch)	Pfd.	1.10
Geräucher Schinken		0.50
Rover Schinken	1/2 Pfd.	0.50
Laabschinken	1/2 Pfd.	0.55
Prepstoju u. Morobella		0.25
Leberwurst, Braunschwärz		0.25
Leberwurst	1/2 Pfd.	0.20 - 0.40
Polnische	Pfd.	0.80 - 1.00
Feinster Aufschnitt	1/4 Pfd.	0.40

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigen Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
 Fleischer und Wurstfabrik, Breslau
 Wolfsteigze 13 / Fernspr. 25 609

Billige Arbeitshosen
Winter-Joppen
 ganz preiswert
Anzüge, Mäntel
 vom Lager und nach Maß
 in jeder Preislage
Adolf Stenger
 Breslau I, Nikolaistr. 10 11

Fahrräder 10 M. Anzahl.
 3 M. Wochenr.
Sprechmaschinen, kleine Anzahl.
Nähmaschinen ohne Anzahlung
Bittner, Scheitniger Str. 38
 Reparaturen, Emaillierung, Vernicklung. Versand nach außerhalb

Nähmaschinen
 Singer / Adler / Dürkopp / Kayser
 Knopfloch- und Diesel-Maschinen für
 Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
 Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
 Breslau, am Hammer 20 u. 22
 Kleine Anzahlung, wöchtl. Abz. 2.50 Mk.

Sie verdienen Sie täglich
 10 Mark
 mit Schnürsenkel
 Nur perf. kommen
Reste
 n Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter
 Rohhaar, Garn, Knöpfe
 Kernseife, Erdal
 alles sehr billig
 prima Ware
 Detail und Engros
Berth. Lippert
 Breslau
 Heinrichstraße 16
 Filiale: Oberstr. 17
 Weißgerbergasse 43

Möbel
 zu bill. Preisen
 auf bequemste
 Teilzahlung
 Gegründet 1893
Hübner
 Breslau
 Reuschestr. 2

Max Schönfelders
 anerkannte und bewährte
Kaffees:
 Edel-Mischung je Pfd. Mk. 4.—
 Karlsbader Mischung
 à la Café Pupp, Karlsbad
 je Pfd. Mk. 3.60
Wiener Mischung " " 3.20
Brattl-Kaffees
 Jubiläumsmarkte je Pfd. Mk. 3.—
 Braut-Mischung II " " 2.70
 Güter Bourbon-Perl
 aus dem Ribeiran-Vreio-Distrikt
 je Pfd. Mk. 2.80

Meine Kaffees versende ich schon von 3 Pfd. an franco über ganz Deutschland
 Die Tees neuer Ernte sind angekommen. Der Ausfall ist prachtvoll, und meine nachstehenden Marken

„Zee Schönfelders“
 vorzügliche Qualität und Preiswürdigkeit
Schönfelders Haushalt-Zee
 je Pfd. Mk. 3.20
Schönfelders Konsum-Mischung
 je Pfd. Mk. 3.60
Schönfelders Soufflé- u. Rongos-Mischung
 je Pfd. Mk. 4.—
Schönfelders Gehion-Mischung
 je Pfd. Mk. 5.—
Schönfelders Englische Mischung
 je Pfd. Mk. 6.—
Schönfelders Extra Auswahl
 mit Pecco-Blüten, in Packungen zu 1/6, 1/4, 1/2 u. 1/1 Pfd.
 je Pfd. Mk. 7.20

Für den Einkauf aller anderen Artikel des täglichen Bedarfs in Lebensmitteln für
Küche, Haus, Keller, die feine Tafel
 ist unentgeltlich bei nur besten Anlässen und allergrößter Preiswürdigkeit zu empfehlen
Max Schönfelders
 Kaffee-Rösterei :: Tee-Import
 Waren-Versandhaus
 und Wein-Großhandlung
 Breslau 1, Albrechtstraße 56
 Versand über ganz Deutschland

Wurstschneider

Frisches Fleisch hiesiger Schlachtung!

Suppenfleisch	Pfd.	0.86	Kalbsteck o. Kn.	Pfd.	1.30
Gulaschfleisch	Pfd.	1.10	Kalbskotelet o. Kn.	Pfd.	1.50
Rindfleisch o. Kn.	Pfd.	1.30	Dicker Randspeck	Pfd.	1.30
Spitzbraten	Pfd.	0.25	Randschinken	Pfd.	1.30
Suppenknochen	Pfd.	0.15	Ohren u. Schnauzen	Pfd.	0.60

Wurstwaren

Landesbratwurst	Pfd.	0.80	Preßwurst	Pfd.	0.80
Gek. Hannoversche	Pfd.	1.40	Knoblauchwurst	Pfd.	0.90
Schäbeler Mettwurst	Pfd.	1.40	Speckpreßwurst	Pfd.	1.20
Jagdwurst und Morobella		Pfd. 1.40			

Ich eröffne eine neue Filiale
Gartenstraße 93
 (Ecke Teichstraße)
August Schneider, Wurstfabrik

Otto Klaebig, Weidenstraße 18
 Messerschmiedemeister
 Schleif- und Polier-Anstalt
 Stahlwaren-Spezialgeschäft

Parteilgenossen!
 Kauft nur bei den Inserenten
 Eurer Zeitung

Kaufhaus Bach & Bladmann
 Breslau 23 :: Herdainstr. 44
 Filiale: Brockan, Güntherstr. 19
 sämtliche Bedarf-artikel in größter Auswahl
 zu den besten Preisen!

Inserate
 haben in
 unserer Zeitung
guten Erfolg

Sozialdemokratisch-deutschnationale Einheitsfront gegen die Bergarbeiter

Die Einführung der Siebenstundenschicht wieder sabotiert

Berlin, 4. Oktober.

Am Mittwoch standen, wie wir gestern kurz berichtet hatten, im Landtag wiederum die Massenentlassungen und Beschlüssen im rheinisch-westfälischen Bergbau und die Forderung der Kommunisten auf sofortige Einführung der Siebenstundenschicht zur Debatte. Veranlassung dazu gaben die Geschäftsberichte der staatlichen Bergwerksgesellschaften „Hybernia“ und „Redlinghausen“. In Verbindung damit wurden zugleich die kommunistischen Entwürfe gegen die Stilllegung der Schachtanlage „Rhein I“ und „Unser Fritz“ beraten, durch die rund 2500 Bergarbeiter infolge Entlassung betroffen werden.

Die Frage der Beschlüssen und Massenentlassungen von Bergarbeitern, insbesondere auch auf den Anlagen der staatlichen „Bergwerks-A.G. Redlinghausen“ waren bekanntlich bereits im Sommer Gegenstand einer scharfen und ausgedehnten Landtagsdebatte. Die kommunistische Fraktion hatte dazu u. a. den Antrag gestellt, die Preussische Regierung zu beauftragen, sich bei der Reichsregierung mit aller Energie für den sofortigen Erlass eines Reichsgesetzes zur Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau einzusetzen. Dieser Antrag wurde auch im Ausschuss für Handel und Gewerbe angenommen. Im Plenum des Landtages wurde aber sodann dieser Beschluss von der SPD. und den Koalitionsparteien, die inzwischen von ihren Ministern die Bewilligung bekommen hatten, den Ausschussbeschluss irgendwie wieder aus der Welt zu schaffen, nach Strich und Faden sabotiert. Die Möglichkeit dazu ergab sich durch die von den Deutschnationalen beantragte namentliche Abstimmung. SPD. und Bürgerliche beteiligten sich nicht daran, und so scheiterte die Annahme des Antrages über die Einführung der Siebenstundenschicht in der 9. Sitzung des Landtages infolge „Beschlussunfähigkeit“ des Hauses.

Am Mittwoch konnte Genosse Schubert bei der Aussprache über die Geschäftsberichte der obengenannten staatlichen Gesellschaften nachweisen, daß die von den Grubenbaronen vorgeschobenen Gründe für die Arbeiterentlassungen erlogen sind, um auf Kosten der Bergarbeiter die Rationalisierung verschärft weiter durchzuführen. Von einem Rückgang der Produktion kann keine Rede sein. Im August 1928 war sogar eine Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres zu verzeichnen. Dabei waren aber die Belegschaften im Ruhrgebiet im August 1928 um fast 45 000 Mann geringer. Das bedeutet für die Ruhrlohnkapitalisten eine Lohnersparnis von neun Millionen Mark auf Kosten der Bergarbeiter. (Hört, hört b. d. R.)

Die Betriebsergebnisse der beiden genannten staatlichen Bergwerksaktiengesellschaften beweisen gleichfalls, daß die Arbeiterentlassungen unbegründet sind. Die Bergwerks-A.G. „Hybernia“ erzielte einen Betriebsgewinn von 486 Mark und einen Reingewinn von 152 Mark pro Kopf der Belegschaft.

Unhappig ist das auf Redlinghausen der Fall. Die Gruben sind also durchaus rentabel, obwohl ihre Abbauverhältnisse bedeutend schlechter sind als die der Privatgruben. Wenn trotzdem die A.G. Redlinghausen die Entlassung von 1450 Bergarbeitern durchführt, so nur, um den privaten Besessenen in der Rationalisierungsoffenstive voranzugehen. Tatsächlich nehmen denn auch die Beschlüssen immer größeren Umfang an. Zu den Massenentlassungen in den letzten Monaten kommt jetzt die Stilllegung der Schachtanlagen „Rhein I“ mit 1000 und „Unser Fritz“ mit 1500 Mann Belegschaft. Das Ziel dieser neuen Rationalisierungsoffenstive der Unternehmer ist, bei den Umgeindungen im Westen scharferen steuerlichen Zugriffen zu entgehen und unter dem Druck einer künstlichen Massen-Erwerbslosigkeit Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung zu erzwingen. Die „Bergwerkzeitung“ spricht das offen aus, indem sie sagt:

„Arbeitslosigkeit ist Rentnerdasein. Gefordert werden muß, Senkung der sozialen Lasten und der Steuern, Anpassung der Bergarbeiterlöhne an die Ertragskräfte der Produktion.“

Die staatlichen Bergwerke gehen den privaten Ausbeutergesellschaften in dieser Hinsicht gegen die Arbeiter voran. Die Sozialdemokraten billigen und unterstützen das. Die Geschäftsberichte der staatlichen Gesellschaften beweisen, daß in Preußen und im Reich das Truslkapital der herrschende Faktor ist und daß die Koalitionsregierung nur den Laiai der Truslkapitalisten spielt. (Bravo bei den Kommunisten.)

Es war äußerst bezeichnend, daß weder eine Bürgerlicher noch ein sozialdemokratischer Redner zu den Geschäftsberichten und den Anträgen der Kommunisten das Wort nahm. In der Abstimmung wurden die Anträge der Kommunisten auf Verhinderung der Stilllegungen von „Rhein I“ und „Unser Fritz“ dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen. Ebenso ein vom Genossen Abel begründeter Antrag auf Auffüllung der sogenannten „Berghauskassette“ aus den Ueberschüssen der „Preuztag“.

Die namentliche Abstimmung über die Einführung der Siebenstundenschicht im Bergbau scheiterte wiederum an der künstlich herbeigeführten „Beschlussunfähigkeit des Hauses“. Zwar stimmten diesmal die Sozialdemokraten mit den Kommunisten für den Antrag, sie taten es aber nur, weil sie wußten, daß sich sämtliche bürgerlichen Parteien geschlossen an der Abstimmung nicht beteiligten.

gationen innerhalb der Arbeiterpartei ausschließt. Von jedem Delegierten wird in Zukunft verlangt, daß er reiflos auf dem Boden der Politik der Arbeiterpartei steht. Alle anderen Delegierten werden zu keiner Tagung mehr zugelassen.

Mit diesem Beschluß, der noch über die Beschlüsse des Liverpooler Kongresses von 1925 hinausgeht, soll endgültig verhindert werden, daß Kommunisten, die bislang noch als Delegierte von Gewerkschaftsorganisationen auf den Kongressen der Arbeiterpartei auftreten konnten, die reformistische Eintracht weiterhin fördern. Ferner richtete sich der Beschluß auch gegen die oppositionellen Anhänger der Maxton-Group, denen ebenfalls der Zutritt zu den Tagungen der Arbeiterpartei unmöglich gemacht wird.

Auf der Tagesordnung des Parteitages steht vor allem das **Wahlprogramm** der Partei. Angesichts des Fehlens einer jugendkräftigen Wahlsparole haben sich die Macdonald u. Co. mit Eifer auf die schwebenden außenpolitischen Fragen gestürzt, in denen sie augenblicklich am leichtesten und gefahrlosesten Opposition machen können. So liegt denn auch dem Parteitag eine längere Resolution zur Außenpolitik der Baldwin-Regierung vor, die gestern in einer Sitzung der Exekutive ausgearbeitet wurde. Die Resolution wendet sich gegen die Außenpolitik der Baldwin-Regierung, im einzelnen gegen die Vorbehalte zum Kellogg-Pakt und gegen das Bündnis mit Frankreich und unterstreicht dafür den Kellogg-Pakt als ein wirksames Mittel zur Verhinderung des Krieges — natürlich mit Ausnahme der im Völkerebendspalt vorgesehenen Sanktionskriege, die notwendig seien zur Sicherung des Friedens. (!)

Die Resolution fordert Preisgabe des Flottenpaktes mit Frankreich, Einberufung der Vorbereiten Abrüstungskommission „so bald als möglich“ und sofortige Räumung des Rheinlandes.

Nach einem außenpolitischen Referat Macdonalds im Sinne dieser Entschließung wurde eine Abstimmung vorgenommen, die eine Annahme der Resolution ergab.

Eine Resolution über die reiflose Billigung der Politik der Simon-Kommission in Indien, die Macdonald eingebracht hatte, wurde ebenfalls angenommen.

Schiedspruch für die Angestellten der ostberlinerischen Schwerindustrie

Am 1. Oktober wurde in Pottowitz von dem Schlichtungsausschuss für die Angestellten der Schwerindustrie ein Schiedspruch gefällt. Die Gehälter werden mit Wirkung vom 1. September um 8 Prozent erhöht. Der Schiedspruch gilt bis zum 28. Februar 1929. Die Entscheidung über die Ausgleichszulagen für die verschiedenen Angestelltengruppen in der Schwerindustrie wird ausgesetzt. Die Parteien haben sich binnen fünf Tagen über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches zu erklären.

Aus aller Welt

Fünf Jahre Gefängnis im Mordprozess Anthony

Berlin, 4. Oktober. Die am Mittwoch für nichtig erklärte Verhandlung im Totschlagprozess Anthony wurde am Donnerstag neu begonnen. In einer zusammenhängenden Darstellung wiederholte der Vorsitzende die Ergebnisse der Verhandlungen am Mittwoch, die von der Angeklagten kurz bestätigt wurden. Vom Verteidiger wurde darauf hingewiesen, daß die Angeklagte zur Zeit der Tat und schon vorher stark unter Blutungen und nervöser Schwäche gelitten habe. Der betreffende Arzt wurde geladen. Die Angeklagte setzte dann ihre Schilderung über die Vorgänge nach der Tat fort. Nach Abschluß der Verhandlung der Angeklagten trat das Gericht in die Beweisaufnahme ein. Der Sachverständige, Professor Strauch, schildert die Verletzungen der Frau Schüler als außerordentlich schwer. Der Kopf habe eigentlich nur noch an den Knochen gehangen. In seiner 20-jährigen Tätigkeit habe er solche Verletzungen noch nicht gesehen. Ein Beamter der Kriminalpolizei versucht die unerhörte Art des polizeilichen Verhörs, das eine Folter darstelle, zu verteidigen.

Die Zeugenvernehmungen ergeben nichts Wesentliches. Darauf nehmen die Sachverständigen das Wort. Sie bezeichnen zwar eine gewisse geistige Minderwertigkeit als vorliegend, verneinen aber eine Bewußtlosigkeit im Sinne des § 51. Damit schloß die Beweisaufnahme. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Keller nahm dann das Wort, um sechs Jahre Zuchthaus zu beantragen. Nach einstündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

„Die Angeklagte wird wegen Totschlags zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr auf die Dauer von drei Jahren aberkannt. Die Angeklagte trägt die Kosten des Verfahrens. Die Untersuchungshaft wird in voller Höhe angerechnet.“

Zusammenstoß auf der Berliner Untergrundbahn

In Berlin, 4. Oktober. Auf der Berliner Untergrundbahn hat sich am Donnerstag ein Zusammenstoß zweier Züge ereignet. Bei der Ausfahrt eines Zuges vom Untergrundbahnhof Potsdamer Platz geriet ein Passagier mit dem Fuß zwischen Zug und Tunnelwand und wurde schwer verletzt. Durch Ziehen der Notbremse wurde der Zug zum Halten gebracht und der Verletzte in ein Krankenhaus übergeführt. Durch den Aufenthalt wurde eine Verpätung der nachfolgenden Züge verursacht. In dem Bestreben, die Verpätung wegzumachen, übernahm der Führer eines Zuges das Haltezeichen und fuhr auf einen vor ihm fahrenden Zug auf. Die Fahrgäste beider Züge wurden zu Boden geworfen, ohne jedoch Verletzungen zu erleiden.

Bei Iewet noch

Hänsefeld ist auf seinem Fluge Berlin-Tokio in Panol eingetroffen. Die Angst, die man um ihn gehabt hat, hat sich also als unbegründet herausgestellt.

Grzejnski billigt Polizeiterrror und Arbeitermord

Außer den kommunistischen Anträgen gegen die Beschlüssen gab es am Mittwoch im Landtag noch eine Debatte über den Antrag der SPD. wegen der Erschießung des Arbeiters Dwege am Pfingstsonnabend in Charlottenburg und betreffend die Polizeibrutalitäten bei der Beerdigung Dwege, wobei auch der Polizeivizepräsident Weiß verprügelt wurde.

Vorher wurde die Grundvermögenssteuer-Novelle, durch die das Gesetz über die Grundvermögenssteuer bis zum 31. März 1929 verlängert wird, verabschiedet. Genosse Schwenk kennzeichnete dieses Werkstättenähnliche Gesetz, indem er aufzeigte, in welcher ungeheuerlichen Weise von Kleinbauern und Steuhaltern durch Zwangsversteigerungen die Grundvermögenssteuer eingezogen wird. Er forderte eine schärfere Belastung des Großgrundbesitzes durch weitgehende Staffelung dieser Steuer, Befreiung des Kleinbäuerlichen Grundbesitzes und der kleinen Wohnungsgrundstücke, sowie Unterbindung der Umlegung der Grundvermögenssteuer auf die Mieter. Da diesen Forderungen der Kommunisten weder früher noch jetzt Rechnung getragen ist, so lehnen die Kommunisten auch die vorliegende Novelle ab. Das Gesetz wurde nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Bei der Beratung des kommunistischen Antrages über die Brutalitäten der Grzejnski-Polizei hielt der Deutschnationale Wort eine scharfmacherische Rede. Wenn die Regierung die Polizei bei den Vorgängen am Pfingstsonnabend in Schutz genommen habe, so habe sie das leider nicht getan bei den kurz darauf stattgefundenen Vorgängen, bei denen der Berliner Vizepräsident Weiß verprügelt wurde, bei denen der Mann, der sich in den Streit mit dem Ruf „Summitknüppel weg“ mischte, ein Mann aus den Reihen der kommunistischen Krawallmacher sei. Das Versehen sei gewiß nicht anzunehmen gewesen, aber wenn es sich um Demonstrationen gegen den Staat handele, so müsse die Polizei fest zupacken. Mit seinem Erlaß, daß die Polizeibeamten von den Offizieren mit „Her“ anzureden seien, habe der Minister Grzejnski einen Zwiespalt in die Polizei hineingetragen. Das um so mehr, als den Offizieren im Ministerium hinterherum erklärt werde, der Erlaß sei gar nicht wörtlich so gemeint.

Grzejnski ließ eine Erklärung zu den mörderischen Terrorthaten der Berliner Polizei vom Stapel, in der er den deutschnationalen Redner noch weit übertraf. Die Mißhandlungen des Polizeivizepräsidenten Weiß bedauere er, er habe aber ein gewisses Verständnis dafür, weil er durch eigenen Augenschein erkannt habe, wie brutal und gemein sich die Kommunisten gegenüber den Polizeibeamten betragen. (Zuruf bei den Kommunisten: Frechheit!) Er sei deshalb bereit, die Polizeibeamten, selbst wenn sie sich gelegentlich einmal einen Uebergriß zuschulden kommen lassen sollten, zu decken. An sich sei der Waffengebrauch der Polizei nicht erwünscht, aber gegen die Störer der öffentlichen Ordnung und Sicherheit könne mitunter nicht anders vorgegangen werden. (Beifall bei der SPD, Pfeifen und Zischen bei den Kommunisten.)

Genosse Kasper antwortete auf diese beispiellose Heze des preußischen Polizeiministers, durch die er den monarchistischen Schärjmachern in der Schutzpolizei einen Freibrief für künftige Arbeitermorde ausstülte, in gebührender Weise. Die deutsche Arbeiterklasse wird diesen Polizeischergen einst außerparlamentarisch Antwort geben. Wenn dieser Minister noch so oft im Parlament heult, daß das Verhalten der Kommunisten gegen die Polizei-

beamten draußen und im Parlament im Gegensatz stehe, so haben wir doch die Genugtuung, daß im steigenden Maße die Polizeibeamtenschaft Sympathie für die kommunistische Partei empfindet. Die Art und Weise, wie die Ermordung des Arbeiters Dwege und die Polizeibrutalitäten bei seiner Beerdigung untersucht werden, um die ganze Schuld den Arbeitern zuzuschreiben, kennzeichnet das System der Grzejnski-Severing-Polizei.

In eingehender Weise wies Genosse Kasper nach, daß die Behauptung des Ministerialrats Klausner im Hauptauschuss, die Polizeibeamten seien von einer Musikkapelle angegriffen worden, erlogen ist. Um die Wahrheit zu unterbinden, hat man ein System von Zeugenbeeinflussungen geschaffen, durch das die Zeugenaussagen so festgelegt und verabredet wurden, daß die Arbeiter allein die Schuldigen sein müssen. Dieses System hat man geschaffen, weil man weiß, daß es unter den unteren Beamten noch viele gibt, die noch nicht so moralisch überlistet sind, wie die Laialenoffiziere der herrschenden Klasse. (Bravo bei den Kommunisten.) Die Schüsse, die in Charlottenburg gefallen sind, kamen aus Polizeirevolvern, zum Beweis dafür kann ich die Hülsen vorlegen, die an jenem Abend in der Bismarckstraße aufgesammelt worden sind. Die Heze, die der Minister Grzejnski hier betrieben hat, entspricht dem Willen der herrschenden Klasse, er fühlt sich ja überhaupt nur als der Willensvollstrecker der Bourgeoisie. Wir verstehen diese Entwicklung und sind davon nicht überrascht. Wir wissen, daß bei der zunehmenden Zuspitzung der Klassengegenstände die bewaffnete Staatsgewalt immer brutaler und rücksichtsloser gegen die Arbeiterklasse eingesetzt wird und daß sozialdemokratische Minister und Polizeiprääsidenten die berufenen Handlanger der Bourgeoisie sind, um diesen Kampf gegen die Arbeiterklasse durchzuführen. In um so steigendem Maße aber werden die Arbeitermassen den wahren Charakter des kapitalistischen Staates und seines Polizeisystems erkennen und sich im revolutionären Kampfe gegen diesen Staat und seine sozialdemokratischen Polizeilakaien zusammenschließen. (Beifall b. d. Komm.)

Nach längerer Debatte, in der alle Redner den Arbeitermörderischen Polizeiterrror billigten und ihm Beifall gollten, wurde über den kommunistischen Antrag abgestimmt. Der Antrag, in dem gefordert war, die verantwortlichen Offiziere und Beamten sofort ohne Pension aus dem Dienste zu entlassen und zur Verantwortung zu ziehen, alle monarchistischen Offiziere aus der Schutzpolizei zu entfernen und den Gebrauch von Schuß-, Hieb- und Schwereckampfwaffen zu verbieten, wurde von allen Parteien, von der SPD. bis zu den Nationalsozialisten, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Kongress der englischen Arbeiterpartei

Ausschluß der Opposition aus sämtlichen Funktionen
London, 3. Oktober. Vorgestern trat in Birmingham der Parteitag der Arbeiterpartei zusammen. Die Eingänge zum Tagungslokal wurden von Saalschutz und Polizeiposten, die auf Antrag der Parteilührung zur Verfügung gestellt wurden, bewacht. Außer den Parteilührern sind etwa 1000 Delegierte aus allen Teilen des Landes anwesend. Den Kongress eröffnete der ehemalige „Linke“ Abgeordnete Lansbury mit einer Kampfansage an die Kommunisten, die er als Feinde der Arbeiterbewegung bezeichnete.
Nach einer heftigen Rede Hendersons wurde gegen eine beträchtliche Minderheit eine Resolution angenommen, die die Kommunisten endgültig von allen Funktionen und verantwortlichen Dele-

Zum Verbandstag der preussischen Polizeibeamten

Am 29., 30. und 31. Oktober findet in Berlin der 5. Verbandstag des Preussischen Polizeibeamtenverbandes statt.

Selt dem letzten Verbandstag in Berlin hat sich in den Reihen der Polizeibeamten manches geändert.

Allgemeine Erörterung herrscht bei der Beamtenenschaft über ihre gewerkschaftliche Spitzenorganisation, den Deutschen Beamtenbund.

Die dem Berliner Verbandstag vorliegenden Urträge zeigen, daß sich die Polizeibeamten nicht länger im Schlepplau der oberen Beamten führen lassen wollen.

Notwendig ist eine Einheitsorganisation aller Beamten, die sich zum entschiedenen freigewerkschaftlichen Kampf im Interesse der unteren und mittleren Beamten bekennt.

Das bedeutet härtesten Kampf gegen alle reaktionären Elemente im DDB, straffste Zusammenschluß der oppositionellen Beamten-Gruppen.

Die reaktionäre Führung und gegen die Macht der oberen Beamten-Gruppen im DDB. In dieser Richtung liegt die Möglichkeit, die reaktionären Elemente endgültig aus dem DDB auszuschalten und durch Organisierung des Bundes nach Fachparteien den Einfluß der unteren Beamten zu stärken.

Die Tendenz, die im Schrader-Verbande herrscht, eine neue, also eine dritte Beamtenchaftsorganisation aufzustellen, ist eine neue Gefahr.

Ein Verband muß eine Kampforganisation sein. Er darf nicht nur schöne Resolutionen entwerfen und Petitionen an die Regierung senden.

Auch die personelle Frage spielt in einer Gewerkschaft eine Rolle. Wenn Schrader für seine geharnischten Briefe an den Sozialdemokratischen Innenminister ein „Bravo“ nach dem andern aus den Reihen der Mitgliedschaft erheilt, nun, dann muß der Verbandstag klar aufsprechen, daß das lediglich ein dapierner Kampf war.

Im linksrheinischen Absperrungsgebiet

München-Glabbech, 4. Oktober.

Die Würfel sind gefallen. Die Unternehmer haben am Sonntagabendmittag 45 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen auf das Straßenpflaster geworfen, so daß mit den 5000 Ausgesperrten in Düren zusammen 50 000 Textilarbeiter ausgesperrt sind.

Vorum geht der Kampf?

Die Gewerkschaften fordern eine Erhöhung des Lohnes um 15 Prozent. Wegfall der Alfordpanne (heute dürfen mehr als 81 Pf. nicht verdient werden oder der Unternehmer ist berechtigt, den Alfordlohn herunterzusetzen).

Die jetzige Kampflage.

Der Kampfwille der Belegschaften ist als glänzend zu betrachten. Ueberall der Wille, durchzuhalten bis zum Letzten.

vor. Und diese Aussperrung der 50 000 wird dazu beitragen, Tausenden die Notwendigkeit des Klassenkampfes einzuhämmern.

Die oppositionellen Gewerkschaftler treten für die Forderungen des Deutschen Textilarbeiterverbandes ein, verlangen aber zur erfolgreichen Durchführung derselben:

- 1. Wahl der Streikleitung durch die Arbeiter.
2. Ablehnung der Vermittlung der Schlichtungsinstanzen.
3. Die Einseitigkeit von Sammlungen für alle Ausgesperrten, auch für die Unorganisierten.
4. Einberufung von öffentlichen Textilarbeiterversammlungen.
5. Kein Abschluß der Bewegung ohne Zustimmung der Betriebsräte.

Die kommunistischen Fraktionen in Stadt, Kreis- und Landtagen haben sich bereit erklärt, sofort Urträge auf Unterstützung der Ausgesperrten zu stellen.

50 000 Werftarbeiter im Streit

So geschlossen, wie die Werftarbeiter den Schlichtungsbescheid des Schlichters Stenzel abgelehnt haben, so haben sie am Montagmorgen den Kampf aufgenommen.

Ämtliche Bekanntmachungen von Weiffen

Für die neuangelegte Bedürfnisanstalt der Gemeinde Weiffen wird eine Wäckerin gesucht.

Der Gemeindevorsteher Georg Hertwig

Nachtrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am Dienstag, 3. Oktober nachmittags 4 1/2 Uhr

- Punkt 9: Antrag des Leiters der gewerblichen Berufsliste auf Teilung der Klasse IIa und IIb in Parallellassen.
Punkt 10: Renowahl bzw. Wiederwahl des Schiedsmannes für den Bezirk Nr. 60, II.
Punkt 11: Weiterer Regelung der Vertretung für den erkrankten Amts- und Gemeindevorsteher.
Punkt 12: Ernennung des Gemeindevorstandes zu Hilfsmaßnahmen in besonde 3 troffen Korallen während der Dauer des Streiks.

Der Gemeindevorsteher J. B. Georg Scholz

Wir empfehlen unsere Buchdruckerei zur Anfertigung von Briefbogen und Rechnungen, Preislisten, Werken aller Art, Programmen, Einlasskarten, Flugblättern und Plakaten bei allerniedrigster Preisberechnung. Spezialität: Massenanlagen. PEUVAG, Pappe-Produktions- u. Verwertungs-Akt.-Gesellschaft - Berlin, Filiale Breslau, Trebnitzer Str. 50 - Telefon 23837

Welches strebame Ehepaar wünscht sich ein gutes gewinnbringend. Geschäft durch Uebernahme eines Kommissions-Warenlagers? Geld nicht erforderlich, wenn höhere Bürgschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse nicht nötig, da selbige leicht zu erlernen sind. Bei gutem Zeugnis wird auch Invalide berücksichtigt. Haben Sie Lust und Liebe zum Geschäft, so senden Sie Ihre Adresse sofort an die Firma ERNST LOBERT, Nieder-Permsdorf, Bezirk W. c. slau, Weinhandlung und Spirituolen

Radio - Anlagen und Gramophone in allen Preislagen. Streng reelle und fachmännische Bedienung. Kostenlose Vorführung aller Apparate bereitwilligst in den Geschäftsräumen der Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H. STREIBLEN, Paul-Ehrlichstraße 14 (Nähe Ring)

abgegeben worden sind. Auch im Stadtparlament sind die Kommunisten die zweitstärkste Fraktion.

Man erst recht

Die bürgerliche Presse wendet als nach ihrer Meinung wirksamstes Kampfmittel gegen das Volksbegehren das vollkommene Zerschlagen der Protestaktionen des Proletariats gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsküstungen an.

Die bürgerliche Presse wendet als nach ihrer Meinung wirksamstes Kampfmittel gegen das Volksbegehren das vollkommene Zerschlagen der Protestaktionen des Proletariats gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsküstungen an.

Ein Panzerkreuzer kostet, niepreis gerechnet, 80 Millionen Mark. Da für Kanonen, ohne jeden weiteren Zusatz aus Gemeinde- oder Staatssteuermitteln, allein 8000 Wohnungen zu je 10 000 Mark Baukosten hergestellt werden.

An der wertvollsten Bevölkerung liegt es nun, ob Wohnungen oder Panzerkreuzer gebaut werden. Die kommunistische Partei hat dem Proletariat die Möglichkeit gegeben, sich darüber zu entscheiden.

Ordnung der Breslauer Polizei

Gegen 1000 Polizeibeamte, davon 800 Schupo-Beamte und ungefähr 200 Kriminalbeamte, waren vom Breslauer Polizeipräsidenten in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag aufgebildet worden.

Über nicht nur in Breslau, sondern in ganz Preußen wurde in den letzten Nachmittagen diese Razzia durchgeführt. Vom preussischen Innenminister, Herrn Grafen, war diese Maßnahme angeordnet worden.

Der Einundvierzigste

Die Gewerkschaftshauslichtspiele zeigen einen neuen russischen Film aus der Zeit des Krieges der roten Armees gegen die weißen Banditen im Süden Russlands.

Aufruf an die Arbeiterschaft des Obilauer Teils

Sonntag 9 Uhr erscheinen alle Mitglieder der Partei, des R.F.V. und der übrigen Organisationen zur Hauspropaganda im Lokal Wolff, Königsgraber Straße.

Vermischt wird seit Dienstag abend der 18 Jahre alte Robert W. u. b. v. von der Friedrich-Karl-Straße 18.

Unfall. Gestern abend gegen 19 Uhr rannte ein 17jähriges Mädchen in einen aus der Weinstraße in die Nebengasse einbiegenden Radfahrer.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen Breslau. Stadteil Nord. Sonnabend 20 Uhr alles bei Schneider, Rosenstr. Sonntag treffen sich alle Parteimitglieder und Sympathisierenden in der „Stadt Ranslau“, Rattigstraße.

Obdachlosenelend, Panzerkreuzerbau und Stadtparlament

Kommunistische Anträge gegen das Wohl - Stadtrat Genosse Ammon sorgt für Abhilfe - Sozialdemokratisch-deutschnationale Panzerkreuzerfront

Breslau, 5. Oktober.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von verhältnismäßig kurzer Dauer. Unter den 25 Tagesordnungspunkten waren nur drei von Bedeutung.

Zu dem ersten dieser drei Punkte hatte die kommunistische Fraktion einen Zusatzantrag gestellt, der endlich die durch nichts begründeten Unterstände in den Pflegegeldhäusern, die zwischen den verschiedenen Altersstufen und der Anstalts- und der Privatpflege bestehen, beseitigen sollte.

Bei der Beratung des zweiten Punktes erfuhr man aus dem Munde des kommunistischen Stadtrats, des Genossen Ammon, dem seit 14 Tagen das Obdachlosenasyl unterstellt ist (das Kriegsfluchtgeheimnis hat ein Sozialdemokrat erhalten) daß es in der fürchterlichen Not der Obdachlosen zu lindern.

Der Antrag gegen den Panzerkreuzer wurde, wie nicht anders zu erwarten war, abgelehnt. Die sozialdemokratisch-deutschnationale Panzerkreuzerfront stand unerschütterlich. Eine Feststellung, auf die die Kommunisten-Fraktion wahrlich nicht stolz zu sein braucht.

Zu Beginn der Sitzung wird der neue parteiellische Stadtrat Dr. Schimмельpennig eingeführt. Schimmelppennig ist seinerseits für den die Industrie vor den Wahlen durch verschiedene Beiträge der Volkspartei das Mandat abgabte.

Zu Beginn der Sitzung wird der neue parteiellische Stadtrat Dr. Schimмельpennig eingeführt. Schimmelppennig ist seinerseits für den die Industrie vor den Wahlen durch verschiedene Beiträge der Volkspartei das Mandat abgabte.

Erhöhung der Pflegegeldsätze

für die in Stadt- und Anstaltspflege untergebrachten Kinder zur Beratung. Der Ausschuss empfiehlt eine zehnprozentige Erhöhung auf 30 Mark, 27 Mark, 24 Mark. Genosse Jahn wirft dem Magistrat vor, daß er keine Verpflichtungen nicht hält.

Verhältnisse auf dem Ringe zu verbessern, wird beschlossen, gegen 20 000 Mark Entschädigung die Ringhäuser 53, 54 und 55 zu enteignen.

Eine wichtige Vorlage ist die auf Bau von 120 Wohngelegenheiten für obdachlose Familien, die an der Bergstraße errichtet werden sollen. Die Kosten würden sich auf insgesamt 740 000 Mark stellen.

Die fürchterlichen Zustände im Obdachlosenasyl auf der Magasinstraße. Dort gibt es keinen Raum für Säuglinge, so daß die Mütter direkt gezwungen werden, ihre Kinder ins Säuglingsheim zu geben. Dafür aber berechnet der Magistrat pro Tag 4,90 Mark.

Stadtrat Genosse Ammon stimmt der Genossin Bahns in ihrer Kritik an den unhaltbaren Zuständen im Asyl zu. Man müsse sich in Breslau einmal klar machen werden, daß in das Obdachlosenasyl keine Familien gehören. Diese müßten schnellstens in Wohngelegenheiten untergebracht werden.

Dringlichkeitsanträge, die Pflasterung der Berg-, Märkische und Schmolzer Straße sowie verschiedene Wünsche der Bewohner der eingemeindeten Orte Goldschmieden, Stabelwitz, Marschwitz, Mafelschütz und Deutsch-Lissa betreffend, werden angenommen.

Kommunistische Antrag gegen den Bau des Panzerkreuzers

Genosse Heim begründet ihn. Der Bau des Panzerkreuzers ist eine Angelegenheit, die auch die Kommunisten angeht. Immer wieder hört man, daß zur Bekämpfung dringender Ausgaben die Mittel fehlen. Den größten Teil der kommunalen Ueberwälzungssteuern behält das Reich für sich.

Da bei den Sozialdemokraten Mache fehlt, ohne dessen Einwilligung wahrscheinlich kein anderes Mitglied der SPD-Fraktion zu politischen Fragen sprechen darf, schweigen sich die Sozialdemokraten mit viel Mut und noch mehr Vorsicht tapfer aus. Der Antrag wird sodann, da auch von den Bürgerlichen niemand zu sprechen wagt, gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

- Stadteil Zentrum. Alle erwerbslosen Genossen finden sich täglich um 10 Uhr im „Turmhof“ ein. Stadteil Zentrum. Sämtliche Funktionäre heute 20 Uhr im „Turmhof“. Stadteil West. Sämtliche Parteigenossen Sonnabend 17 Uhr im Agitationslokal „Anglerheim“, Leuthenstraße.

- Sonnabend 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende. Mittwoch, Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend. Arbeiter Frauen- und Mädchen-Bund Breslau. Abt. 2. Sonntag 10,30 Uhr alles antreten an „Stadt Ranslau“.

- Strecken. Sonnabend 18 Uhr Funktionärsitzung bei Wende. Alle Funktionäre der Partei, des R.F.V. u. der R.D. haben zu erscheinen. Stadteil Nord. Sonntag 10,30 Uhr antreten in der „Stadt Ranslau“.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele Nur noch heute, Freitag, den 5. Okt. 17 und 20 Uhr - Jugend verboten Ein Liebesabenteuer im Kaukasus „Der 41.“ Reichhalt. Programm: „Land der 1000 Freuden“ „Ged. mod. Landwirtschaft“ „Dieser f. aller“ „Spezial II. Teil“ Emelka-Woche 50 Pfg. Einheitsplatz auf Ausweis des Besucherkreises, ohne 70 Pfg. Arbeitslose und Invaliden 25 Pfg., nur bis 17,30 Uhr Arbeiter Sportkartell Breslau F. V.

Waldenburger Bergland

Heute, Freitag 17 Uhr, „Edelstein“, Waldenburg
wichtige

Parteiarbeiter-Konferenz

an der besonders die freikundigen Genossen teilnehmen müssen. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Sobotta Berlin

Groß-Waldenburg

Achtung, Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen!
Freitag 20 Uhr im „Eisernen Kreuz“, Altwasser, Kundgebung gegen Panzerkreuzer, für Volksentscheid.
„Mater Kummel“ der Agitproptruppe des RSD.
Junge und erwachsene Arbeiter, erscheint in Massen!

Wie krank Bergarbeiter behandelt werden.
Wie die Bergarbeiter durch die Bezirksknappschaffsärzte behandelt werden, zeigt wieder einmal folgender Fall. Der Hauer Wolf in Altwasser, der an chronischer Mittelohrentzündung leidet, die sein Nervensystem beeinträchtigt, wurde nach einigen Tagen Krankheitsdauer dem Vertrauensarzt Rodewald überwiesen. Dieser mochte wohl doch nicht die Arbeitsfähigkeit aussprechen und überwies den Arbeiter an den Knappschaffsarzt Quass, welcher dann auch prompt W. als arbeitsfähig entließ. Außerhand, die Arbeit aufzunehmen, sah sich nun Wolf, nachdem ihm die Fürsorge der Knappschaffsbehörde blieb, veranlaßt, einen vereidigten Sachverständigen für Nervenleiden in Breslau aufzusuchen. Dieser stellte in seinem Fachgutachten auch die Arbeitsunfähigkeit fest. Wolf, der nun weiter krank fiert, mußte das städtische Wohlfahrtsamt in Anspruch nehmen, und hat einen Prozeß auf Weiterzahlung des Krankengeldes gegen die Knappschaffsbehörde eingeleitet. Man darf nun gespannt sein, wie sich die Bezirksknappschaffsbehörde verhalten wird. Die Bergarbeiter müssen durch die Wahl Klassenbewußter Kollegen zu Knappschaffsämtern solche Zustände beseitigen.

Neuhaus eingemeindet. Einer Bekanntmachung des Amtsvorstehers entnehmen wir: Nach dem Staatsministerialbeschuß vom 11. September 1928 ist der Gutsbezirk Neuhaus vom 30. September 1928 ab mit der Landgemeinde Dittersbach vereinigt worden. Die bisherigen Einwohner des Gutsbezirks Neuhaus werden vom 1. Oktober 1928 ab Einwohner der Gemeinde Dittersbach und nehmen an den Rechten und Pflichten derselben teil. Der Amtsbezirk Neuhaus gilt mit dem gleichen Zeitpunkt als aufgelöst.

Oberes Revier

Erhängen aufgefunden
Am Mittwochfrüh wurde auf der Feldmark Gaba ein junges Mädchen erschossen aufgefunden. Nach den Ermittlungen handelt es sich um die 17jährige Fabrikarbeiterin Martha Geyert aus Schwarzwaldau. Sie dürfte sich das Leben genommen haben. Die Leiche ist von der Polizei beschlagnahmt worden.

Schwerer Sturz. Bei Renovationsarbeiten stürzte der Lehrling Zindel in Gottesberg von einem Baugerüst in der Höhe des 3. Stockwerkes ab und blieb schwer verletzt liegen.

Freiburg

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Sonnabend 20 Uhr im „Schützenhaus“ Versammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. Diejenige Kolonie, der Traggurte fehlen, kann sich melden mit Angabe des Erkennungszeichens.

Königszell

Was in Butter scheint in der Gemeinde Königszell zu sein, denn seit unmerkbar langer Zeit hat keine Vertreterprüfung stattgefunden.
Alle Arbeiter, insbesondere die Porzellanarbeiter, zeichnen sich in die Liste zum Volksbegehren ein. Das Geld muß für soziale Zwecke Verwendung finden. Wer sich nicht eintragen geht, zeigt damit, daß er noch zu wenig Steuern zahlt.

Schweidnitz

Arbeiter, die keine Arbeiter sein wollen. Uns wird geschrieben: Die seit einigen Jahren hier bestehende Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Klubs hat sich bis jetzt immer mehr im nicht proletarischen Sinne gezeigt. Obwohl man annehmen sollte, daß gerade in einer solchen Vereinigung die politischen Gegensätze nicht im Vordergrund stehen müssen, so beweist das Verhalten der SPD-Mitglieder (nicht zuletzt des Vorstandes selbst), daß immer wieder die „kommunistischen Genossen“ die Schuld an der Ohnmacht der Arbeiterklasse auf sich nehmen sollen. Zum Beweise des Gegenteils seien einige Tatsachen angeführt: Die technische Fortbildung müssen die meisten Mitglieder sich selbst aneignen, denn die dazu auserlesenen Personen haben zu wenig Geduld und Verständnis bei Vorführungen und Erklärungen von Schaltungen, Fragen usw. von seiten interessierter kommunistischer Genossen! ... Einen kameradschaftlichen Umgang aller Gruppenmitglieder untereinander gibt es nicht. (Ja nicht das proletarische „Du“ zur Anrede benutzen; nie vergessen, daß ein kleiner Angeheuer mehr gilt, als ein großer Arbeiter; nur nicht den bürgerlichen Epizömbler werden lassen u. a. m.). ... Genau so, wie beim Arbeiter-Gesangverein, wird auch hier der Gedanke erwogen, im Namen „Arbeiter-R.K.“ das Wort „Arbeiter“ zu streichen. Es ist Zeit, daß sich der Vorstand bewußt wird, daß ein solches Verhalten einer Arbeiter-Organisation unwürdig ist.

Landeshut

Das Ehepaar Wolschner zu unrecht verdächtigt
Polizei-Landesdienst meldet: Das Ehepaar Wolschner aus Schmalberg, das unter Verdacht, begangen an seinem 2½-jährigen Kinde, verhaftet worden war, ist aus dem Hirschberger Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Entgegen einer von anderer Seite verbreiteten Meldung ist in der Leiche des Kindes kein Gift gefunden worden. Auch ist dem Ehepaar bisher nur ein einziges Kind im Alter von fünf Monaten gestorben, dessen Leiche seinerzeit ebenfalls seziert wurde. Dabei wurde festgestellt, daß dieses Kind nicht durch Gift, sondern einer Darmkrankheit erlegen ist. Ebenfalls ist nicht richtig, daß der Ehemann Wolschner bei seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen habe. Das Ehepaar Wolschner führt das gegen sie gerichtete Verfahren auf Anzeige einer ihm feindselig gesinnten Familie zurück.
Sollte diese Meldung zutreffen, dann würde hier einer der unerhörtesten Fälle leichtfertigster Anschuldigung vorliegen. Es ist heute sehr bequem, die Schuld auf die „feindselig gesinnte Familie“ zu

schleichen. Tatsache aber ist, daß die Anschuldigungen von großen Korrespondenzen — offenbar der Sensation halber — glerig aufgegriffen und durch sie an die Presse weitergeleitet wurden.

Wo und wann zeichnet man sich in Landeshut zum Volksbegehren ein?

Laut amtlicher Bekanntmachung des Magistrats können die Eintragungen zum Volksbegehren in der Zeit vom 8. Oktober bis 16. Oktober getätigt werden an den Werktagen von 11 bis 13 Uhr und von 18 bis 20 Uhr. An Sonntagen in der Zeit von 10 bis 12 Uhr. Die Eintragungslisten liegen im Rathaus, für den ersten Stimmbezirk im Zimmer 14, (1. Stimmbezirk folgende Straßen: Böhmisches Str., Brauhausplatz, Fischstr., Friedrichstr., An der Friedhelmstr.), für den zweiten Stimmbezirk im Zimmer 17, (2. Stimmbezirk folgende Straßen: An der Döberstraße, Bismarckstr., Gartenstraße, Kirchstraße, Kirchplatz, Liebauer Str., Mollstr., Postengasse, Schmiedeberger Str., Trautenaue Str. 1-0 und 21-34, Wallstr. 1-20 und 47-51), für den dritten Stimmbezirk im Zimmer 18, (3. Stimmbezirk folgende Straßen: Volkshainer Str., Mählagraspromenade, Oberstr., Schlachthausstr., Alte Vogelstößer Str., Wallstr. 21-46, Verlängerte Wallstr., Waldenburger Str., Alte Waldenburger Str.), für den vierten Stimm-

bezirk im Zimmer 6, (4. Stimmbezirk folgende Straßen: Reichstraße, Frahnestr., Melchnerplatz, Am Mählagras, Mollstr., Schamberger Str., Stedlungen, Stadtwaldweg, Haderstr., Hegeleweg, Heilstätten), für den fünften Bezirk im Zimmer 7, (5. Bezirk folgende Straßen: Weichstr., Breitenau, Pöschelstr., Richardsgäßchen, Schleichhausstr., Schleichhausplatz, Trautenaue Str. 10-20), für den sechsten Bezirk im Zimmer 8, (6. Bezirk folgende Straßen: Bahnhofsstr., Feldweg, Kugelstr., Koppelhofstr., Leppersdorfer Str., Reupendorfer Str., Roonstr., Schloßweg, Schreibendorfer Str., Schulweg, Stiftsweg). Proletarier, geht sofort und tragt euch ein, helfe die noch Jögenden aufzutreten.

Man an den Feind! Um die ungeheure Arbeit der Aufklärung auf dem Lande zum Volksbegehren zu bewältigen, findet kommenden Sonntag ein Landsonntag statt, an dem alle eSossen sich zu beteiligen haben. Die Einteilung erfolgt Sonnabend 18 Uhr in der „Sonne“. Die Mitglieder der proletarischen Organisationen, die sich am Volksbegehren beteiligen, haben sich ebenfalls einzufinden. Darum alle Mann an die Front, ran an den Feind gegen Zerstörung, Gleichgültigkeit und Lüge.

Jauer

Heraus zur öffentlichen Versammlung!
Sonnabend 20 Uhr findet im „Grünen Adler“ eine öffentliche Versammlung der kommunistischen Partei statt, die sich mit dem Volksbegehren beschäftigt wird. Zahlreicher Besuch wird erwartet!

Niederschlesien

Görlitz

Görlitzer Splitter
„Kommunistische Schmierfinken“, so lautet die Antwort der Görlitzer „Volkszeitung“ auf unser Flugblatt. Nichts als Wut spricht aus ihren Zeilen, es ist ja auch unerschämte, wenn man das zu lesen bekommt, was man selbst geschrieben hat. Nur Wahrheit steht in dem Flugblatt, alles das, was die „Volkszeitung“ selbst gebracht hat. Die Aufregung darüber ist groß, weil wir den Kopf der Lante von der Luisestraße gebracht. Wir können doch nichts anderes bringen, denn unter diesem Kopf sind doch die Platte erschienen. Sie wollen aber nichts davon hören und scheuen die Wahrheit, wie der Stier das rote Tuch. Es ist aus damit, daß ihr die Massen weiter mit seeren Redensarten abspießen könnt, wir werden das bringen, was ihr selbst euren Wählern versprochen habt. Warum die Aufregung, weil ein M. d. L. das Flugblatt zeichnet, ihr habt wohl in eurem Regierungswahn überhaupt vergessen, was ihr früher getan habt. Wenn man sich natürlich bloß um fette Posten und um den „Bund religiöser Sozialisten“ kümmern muß, so kann man über etwas anderes nicht mehr nachdenken. Wir trauen euch auch nicht zu, daß ihr 20 Jahre zurückdenken könnt, denn dazu seid ihr schon viel zu sehr korumpiert. Wenn ihr gegen uns mit dreidigen Redensarten aufzuwarten gedenkt, möhlauf, wir tanzen den Reigen mit. Die Wahrheit werden wir verkünden in Wort und Schrift und werden eurem Gekläff entgegenreten, wo es nur sein kann. Und wenn zuletzt in eurem Artikel noch ein paar Sätze über Thälmann stehen, so beweist das eure eigene Dummheit. Die kommunistische Partei bringt alles in die Dessenlichkeit, der Genosse Thälmann hat keine Unterschlagung begangen, und das Vorgehen der Partei gegen ihn ist ein Beweis, daß mit der größten Strenge gegen jeden vorgegangen wird. Es ist nicht so wie in der SPD, wenn ein Liebes Kind von der Luisestraße Unterschlagung gemacht hat, daß man bei den Geschäftsleuten festsetzt, um das Kanto zu decken. Sollte euer großes Maul in dieser Art weitergehen, so werden wir in einem Flugblatt euren Sausfall der Dessenlichkeit präsentieren. Wir werden uns von euch nicht verblüffen lassen; der Gedanke des Klassenkampfes wird siegen, auch ohne euren hohlen Köpfe.

Sprottau

Zeichnet euch ein zum Volksbegehren!
Laut Bekanntmachung liegen die Eintragungslisten für den Stadtbezirk Sprottau einchl. des Stadtteils Eula von 8-13 und von 15-19 Uhr, Mittwoch und Sonnabend nur von 8-13 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr im Zimmer Nr. 10 des Rathauses aus.

Die Polizei, die regelt den Verkehr...

Ja, schon, aber zufälligerweise trifft dies in Sprottau nicht immer zu. Denn eines schönen Tages fand man den Polizeimeister Urbanke schwer betrunken im Rumpfen. Und wieviel Stunden am Tag war er sonst wirklich nüchtern? Vor kurzem wurde er einem Krügerwägelchen gegenüber so ausfallen, ebenfalls in „gehobener Stimmung“, daß man ihn vom Amte suspendieren mußte. Und jetzt wurde der Polizeimeister Urbanke ebenfalls seines Amtes enthoben. Weshalb? Man konnte ja schon ein Liedchen von Sauerjereien und ähnlichen „Fällen“ der beiden während ihrer Dienstzeit singen. Jetzt sind wir nur gespannt, ob noch mehrere ein solches Schicksal ereilt.

Neusalz

Vom Auto erfasst und getötet. In Feinendorf, Kr. Freystadt, ereignete sich ein Verkehrsunfall, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Der erst seit kurzem dort angestellte Lehrer Erich Krause war im Begriff, mit seinem Fahrrad nach Neusalz zu fahren. Kurz beim Ausgang des Dorfes wollte er einem von Neusalz kommenden Auto ausweichen und fuhr über die Straße von links nach rechts. Im selben Augenblick kam von Freystadt ein anderes Auto. Der Unglückliche wurde erfasst, zu Boden gemorfen und auf der Straße mitgeschleift. Er erlitt furchtbare Wunden am Hinterkopf, denen er in wenigen Augenblicke erlag. Der Verunglückte stand in den 30er Jahren und hinterließ Frau und ein dreijähriges Kind.

Glogau

Am Zaun zerquetscht. In Brostau schaute auf der Dorfstraße ein vom Maschinenführer Peitner gelenktes Gepann. Der Fahrer wurde vom Wagen geschleudert und so unglücklich gegen einen Zaun gedrückt, daß er schwere innere Verletzungen erlitt, denen er nach glücklich überstandener Operation noch am gleichen Tage erlag. Seine Ehefrau hatte eben erst eine schwere Operation überstanden.

Liegnitz

Die neugierige SPD.
Gewöhnlich besteht die Arbeit der „Volkszeitungs“-Redakteure im Punkte Kommunistenhege nur im Abdruck des sozialdemokratischen Presseblattes. Wird einmal örtlich etwas fabriziert, wie es in der Sonntagsnummer geschah, so ist es auch nicht einmal die Arbeit eines Redakteurs, sondern es wird mit den schönen Worten „Uns wird geschrieben“ gedruckt. Wie dabei geschwindelt wird, ist bekannt für uns. Der Artikel, resp. das „Eingekampt“, in dem das Reichsbanner behauptet, mit dem Stahlhelm zusammen nicht aufzumarschieren zu können, soll nicht nur in der Zeitung gestanden haben, sondern hat dort gestanden, und zwar in der 2. Beilage der „Volkszeitung“ vom 4. 9. 1928, Seite 2. Lieber Artikelschreiber! Dir zur gefl. Kenntnis, daß der Berichtstatter nicht neu ist, sondern schon lange diese Funktion ausübt. Daß wir vom Liegnitzer Reichsbanner behauptet haben, daß es nur aus dem Vorstand und sieben Personen besteht, ist eine große Lüge. Lerne erst einmal lesen, ehe ihr solche Behauptungen aufstellt, und verwechselt nicht die Rubrik „Waldenburger Bergland“ mit „Niedererschlesien“. Zur Frage, was es die SPD. angeht, was das Reichsbanner macht, die Antwort: Wir werden nicht eher ruhen und stets aufklärend wirken, bis der letzte ehrliche, aber von euch irreführende Prolet erkannt hat, daß er nicht in die Reihen des Reichsbanners, vereint mit Massen und Gelbhademokraten, gehört, sondern in der SPD. gegen alle Feinde des Proletariats und deren Beschützer zu kämpfen hat.

Schlechte Geographiekenntnisse

Dem Liegnitzer „Tageblatt“ raten wir, sich eine Landkarte von dem f + t + Sowjetrußland anzuschaffen, denn sonst merkt man bei den Artikeln zu sehr die Zeitungsenten. Ueberschrieben ist ein Artikel: „Was in Moskau alles gestohlen wird“, und dann liest man: Eine Gruppe von Dieben hat in Leningrad, dem alten Petersburg, ein ganz neues Betätigungsfeld gefunden usw. Gut gebrüllt, Löwe! Wo liegt Moskau, wo Leningrad?

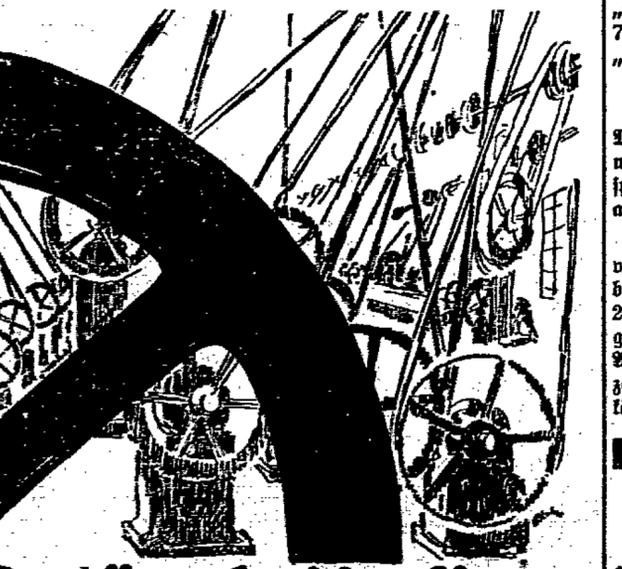
Hagnau

Heraus zur öffentlichen Kundgebung für das Volksbegehren „Gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsrüstungen“ am Sonntag, dem 7. Oktober, um 15 Uhr, am Ringe. Referent: Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Genosse Dombrowski, Breslau.
Arbeiter von Stadt und Land erscheint in Massen!
Achtung! Sämtliche Parteiengenossen, RSD.-Kameraden und alle Mitglieder der Roten Hilfe treten pünktlich um 14.30 Uhr am Viehmarkt an. Kapelle vollzählig. Transparente sind vorher, bis spätestens 14.15 Uhr, bei Genossen Schröda, Liegnitzer Straße 17, abzuholen.

Theaterabend in Gollschau. Am Sonnabend, dem 6. Oktober, veranstaltet die kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund im Gasthaus „Zur Erholung“ einen Theaterabend. Anfang 20 Uhr. Es wird gegeben ein Theaterstück, betitelt: „Das Maschinen-gewehr“ und Rezitationen. Eintritt pro Person 10 Pf. Arbeiterinnen, Arbeiter aus Hagnau und Gollschau, erscheint recht zahlreich zu diesem Abend. Die gesamte Partei und der Rote Frontkämpferbund treten um 19 Uhr bei Schreiber an. Kapelle vollzählig.

Große öffentliche Volksversammlung in Hirschberg

Heute, Freitag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr, im „Berliner Hof“. Thema: „Das Volksbegehren und die Arbeiterfrage“. Ref.: Genosse Bollweber, M. d. L.
Arbeiter, Angekette, erscheint in Massen!



Der Lärm der Maschinen
ermuntere dich zur Werbung für Partei und Presse, zur Werbung für das Volksbegehren!